

Sozialgeschichte der DDR

Herausgegeben von
Hartmut Kaelble
Jürgen Kocka
Hartmut Zwahr

Klett-Cotta

Universitäts-
Bibliothek
München

94/293040

Klett Cotta

© J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger GmbH, gegr. 1659,
Stuttgart 1994

Alle Rechte vorbehalten

Fotomechanische Wiedergabe nur mit Genehmigung des Verlags

Printed in Germany

Umschlag: Klett-Cotta-Design

Gesetzt aus der 9 Punkt Garamond

von Alwin Maisch, Gerlingen

Auf säure- und holzfreiem Werkdruckpapier
gedruckt und gebunden von Söderström, Finnland

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme
Sozialgeschichte der DDR / hrsg. von Hartmut Kaelble . . . –

Stuttgart: Klett-Cotta, 1994

ISBN 3-608-91671-7

NE: Kaelble, Hartmut [Hrsg.]

K 94/21866

Inhalt

Einleitung	9
------------------	---

I. Zugriffe

M. Rainer Lepsius

Die Institutionenordnung als Rahmenbedingung der Sozialgeschichte der DDR	17
---	----

Martin Kohli

Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung	31
---	----

Dietrich Mühlberg

Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der DDR	62
--	----

Lutz Niethammer

Erfahrungen und Strukturen. Prolegomena zu einer Geschichte der Gesellschaft der DDR	95
--	----

II. Landarbeit – Industrielarbeit

Arnd Bauerkämper

Von der Bodenreform zur Kollektivierung. Zum Wandel der ländlichen Gesellschaft in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und DDR 1945–1952	119
---	-----

Jörg Roesler

Die Produktionsbrigaden in der Industrie der DDR. Zentrum der Arbeitswelt?	144
--	-----

Peter Hübner

Die Zukunft war gestern: Soziale und mentale Trends in der DDR-Industrielarbeiterschaft	171
---	-----

Alf Lüdtke

„Helden der Arbeit“ – Mühen beim Arbeiten. Zur mißmutigen Loyalität von Industrielarbeitern in der DDR	188
--	-----

III. Bürger, Kirche, Funktionäre

Ralph Jessen

Professoren im Sozialismus. Aspekte des Strukturwandels der
Hochschullehrerschaft in der Ulbricht-Ära 217

Christoph Kleßmann

Relikte des Bildungsbürgertums in der DDR 254

Detlef Pollack

Von der Volkskirche zur Minderheitskirche. Zur Entwicklung von Religiosität
und Kirchlichkeit in der DDR 271

Friedrich Wilhelm Graf

Eine Ordnungsmacht eigener Art. Theologie und Kirchenpolitik im
DDR-Protestantismus 295

Hartmut Zimmermann

Überlegungen zur Geschichte der Kader und der Kaderpolitik
in der SBZ/DDR 322

IV. Geschlechter, Generationen und Krise

Ina Merkel

Leitbilder und Lebensweisen von Frauen in der DDR 359

Ute Gerhard

Die staatlich institutionalisierte „Lösung“ der Frauenfrage. Zur Geschichte der
Geschlechterverhältnisse in der DDR 383

Dorothee Wierling

Die Jugend als innerer Feind. Konflikte in der Erziehungsdiktatur
der sechziger Jahre 404

Hartmut Zwahr

Umbruch durch Ausbruch und Aufbruch: Die DDR auf dem Höhepunkt
der Staatskrise 1989. Mit Exkursen zu Ausreise und Flucht sowie einer
ostdeutschen Generationenübersicht 426

V. Zur Sozialgeschichte von Recht und Staat

Gerhard Dilcher

Politische Ideologie und Rechtstheorie, Rechtspolitik und Rechtswissenschaft 469

Thomas Friedrich

Aspekte der Verfassungsentwicklung und der individuellen
(Grund-)Rechtsposition in der DDR 483

Clemens Vollnhals

Das Ministerium für Staatssicherheit. Ein Instrument totalitärer
Herrschaftsausübung 498

Hans Günter Hockerts

Grundlinien und soziale Folgen der Sozialpolitik in der DDR 519

VI. Ergebnisse

Jürgen Kocka

Eine durchherrschte Gesellschaft 547

Hartmut Zwahr

Kontinuitätsbruch und mangelnde Lebensfähigkeit. Das Scheitern der DDR .. 554

Hartmut Kaelble

Die Gesellschaft der DDR im internationalen Vergleich 559

Mitarbeiterverzeichnis 581

Abkürzungsverzeichnis 588

Register 592

Hans Günter Hockerts

Grundlinien und soziale Folgen der Sozialpolitik in der DDR

I. Zur Verknüpfung von Politik- und Sozialgeschichte

Gerhard Mackenroth hat 1952 in einem berühmt gewordenen Vortrag vor dem „Verein für Socialpolitik“ der Einsicht Bahn gebrochen, daß es in der westlichen Welt keine Sozialpolitik mehr gebe, die gegenüber dem Wirtschaftskreislauf und dem Gesellschaftsaufbau „neutral“ sei¹. In den Wohlfahrtsstaaten westlicher Prägung ist die sozialstrukturelle Bedeutung sozialpolitischer Interventionen seither weiter gewachsen: „Sozialbereiche, die dem staatlichen Einfluß gänzlich entzogen wären, sind nicht mehr erkennbar.“² Historiographisch folgt daraus, daß eine strikte Trennung von Politik- und Sozialgeschichte zunehmend fragwürdig geworden ist.

Wendet man sich der Geschichte der DDR zu, so erscheint eine solche Trennung noch weniger durchführbar. Denn die Partei- und Staatsführung verband eine rigide Monopolisierung der politischen Macht mit dem Anspruch, „die gesamte gesellschaftliche Entwicklung in allen ihren Aspekten zu planen und zu steuern“³. War bereits in der Debatte über die Entwicklung westlicher Wohlfahrtsstaaten ein Argumentationsfeld erreicht, auf dem die traditionell dominierende Frage nach der sozialen Basis politischer Prozesse an Gewicht verlor gegenüber der umgekehrten Frage nach der politischen Basis sozialer Prozesse⁴, so erscheint eine solche Umkehrung im Blick auf eine Gesellschaft, die von totalitärem Erfassungsanspruch durchdrungen war, noch aussichtsreicher und zwingender.

Wählt man diese auf die politische Konstitution sozialer Verhältnisse gerichtete Perspektive, so ergibt sich freilich eine Reihe methodischer Schwierigkeiten, von denen drei vorweg skizziert seien. Zunächst: Obwohl die SED über ein politisches Machtmonopol verfügte, kann doch immer nur von einer relativen Autonomie der Politik gegenüber den gesellschaftlichen Bedingungen die Rede sein. Die politische Sphäre blieb stets auch auf Eigenentwicklungen in Wirtschaft und Gesellschaft bezogen. So hat z. B. eine stark abfallende Geburtenziffer, die ihrerseits nicht als politisch bewirkt gelten kann, einen wichtigen Teil der Sozialpolitik der SED ausgelöst. Ebenso reagierte die SED mit einer massiven sozialpolitischen Prämierung von Schichtarbeit auf bestimmte Zwänge im Bereich der Ökonomie und besonders auf das sperrige Verhalten von Produktionsarbeitern, die nicht ohne weiteres be-

reit waren, sich in das Dreischichtensystem umsetzen zu lassen. Man hat es also mit Interdependenzen zu tun, bei denen Ursachen und Folgen ihre klaren Unterscheidungsmerkmale durchaus verlieren können.

Damit ist – zweitens – das Problem der Wirkungsanalyse verbunden. Es ist erheblich leichter, Grundlinien der Sozialpolitik zu beschreiben als ihre sozialen Folgen zu bestimmen, also Wirkungen zu messen und Wirkungsanteile zu gewichten, wobei dann doch zwischen intendierten und nichtintendierten Folgen zu unterscheiden wäre. Das ist in komplexen Wirkungszusammenhängen immer schwierig und nicht immer eindeutig möglich, was sich besonders eindringlich im Blick auf demographische Wirkungen politischen Handelns zeigen ließe⁵.

Drittens gibt es eine uferlose Debatte darüber, was eigentlich als „Sozialpolitik“ gelten soll⁶. Die meisten Politikbereiche können sozial wirksam sein, auch wenn sie als Steuer-, Finanz- oder Wirtschaftspolitik firmieren, als Wohnungs-, Familien-, Bildungspolitik usw. Der Umfang dessen, was als sozialpolitisch bedeutsam betrachtet werden kann, ist fast beliebig groß. Die Verwendung, die der Begriff „Sozialpolitik“ in der DDR gefunden hat, bietet keine besondere Trennschärfe. Anfangs aus ideologischen Gründen eher zurückhaltend benutzt, wurde er immer weiter ausgedehnt und meinte zuletzt die Gesamtheit der Gestaltung der sozialen Verhältnisse⁷.

Der folgende Beitrag will keinen Gesamtüberblick vermitteln⁸, sondern der Strukturierung von Problemlagen dienen. Es werden vier Untersuchungsfelder vorgestellt: das Institutionengefüge der Sozialversicherung (II.), das Gesundheitswesen (III.), die Altersversorgung (IV.) und der Bereich der Mutterschafts- und Familienleistungen (V). Nach einer einführenden Beschreibung werden jeweils Gesichtspunkte erörtert, unter denen die ‚Sozialpolitik‘ für die ‚Sozialgeschichte‘ der DDR bedeutsam geworden ist. Es folgen einige zusammenfassende Überlegungen über den Anteil der Sozialpolitik an der Formierung und der Erosion jener Züge der DDR-Gesellschaft, für die sich der Begriff einer „betriebszentrierten Arbeitsgesellschaft“ eingebürgert hat (VI.).

II. Der Umbau der Sozialversicherung

Der institutionelle Umbau der Sozialversicherung begann im Juli 1945 in Berlin, verlief 1946 in den fünf Landes- bzw. Provinzialgebieten der SBZ etwas unterschiedlich und mündete im Januar 1947 in den SMAD-Befehl Nr. 28. Dieser vereinheitlichte die Regelungen im Zonengebiet auf der Grundlage zweier neuer Prinzipien: der Einheits- und der Volksversicherung⁹. An die Stelle der herkömmlichen Vielfalt autonomer Orts-, Betriebs-, Innungs- und Landkrankenkassen sowie der Ersatzkassen, auch an die Stelle aller Renten- und Unfallversicherungsträger trat

somit in jedem der fünf Länder ein einziger Sozialversicherungsträger. Das war eine Fusion auf territorialer Basis, die mit einer Fusion der Versicherungsbeiträge verbunden wurde: Diese wurden künftig nicht mehr für einzelne Versicherungszweige getrennt berechnet. Zugleich dehnte der Befehl das Versicherungsverhältnis auf nahezu die gesamte Bevölkerung aus, unter Einfluß vieler Gruppen, die bisher außerhalb gestanden hatten¹⁰. Bis zu dieser Stufe ist der Umbau weitgehend von ehemaligen Sozialdemokraten innerhalb der SED getragen worden. Sie knüpften dabei an Reformvorschläge aus der Zeit der Weimarer Republik an¹¹.

Zwischen 1949 und 1956 wurde der Umbau weitergetrieben und abgeschlossen, wobei wieder zwei neue Prinzipien hervortraten. Das eine lag in einer rigiden Zentralisierung des bisher föderal Getrennten: Mit dem Untergang der Länder fusionierten die Sozialversicherungsträger zu einer einzigen Organisation, die ihrerseits in den zentralplanerisch verfügbaren Entscheidungsbereich eingefügt wurde. So gingen wesentliche Selbstverwaltungsrechte verloren; der Haushalt der Sozialversicherung wurde Bestandteil des Staatshaushalts. Offenbar gab es in dieser Phase erhebliche Widerstände – vor allem aus Kreisen von Fachleuten, die mit der langen Selbstverwaltungstradition der Sozialversicherung verbunden waren, und es scheint, daß die von der SED im Apparat der Sozialversicherung betriebene Kaderpolitik drastische Züge einer ‚Säuberung vom Sozialdemokratismus‘ annahm¹².

Die zweite Änderung lag darin, daß die Verwaltung der Sozialversicherung nun vollständig in die Hände des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB) überging. Zur „Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten“ umbenannt, erfaßte sie seither alle Beschäftigten, denen eine Mitgliedschaft im FDGB offenstand, mithin seit Ende der fünfziger Jahre etwa 80 Prozent, später 85 Prozent der Erwerbstätigen. Die anderen Berufsgruppen – insbesondere Genossenschaftsmitglieder, Handwerker und freiberuflich Tätige – wurden organisatorisch ausgegliedert und einem besonderen Träger zugewiesen, der unmittelbar dem Ministerium für Finanzen unterstand („Deutsche Versicherungsanstalt“, 1969 umbenannt in „Staatliche Versicherung der DDR“). Auf diesen beiden institutionellen Säulen beruhte die Sozialversicherung der DDR bis zuletzt. – Unter welchen Gesichtspunkten kann die hier aufs knappste umrissene Organisationsgeschichte der Sozialversicherung sozialgeschichtliche Bedeutung gewinnen? Wo und wie ist sie mit Veränderungen der gesellschaftlichen Ordnung verbunden? Dieser Frage wird im folgenden unter vier Aspekten nachgegangen.

Das Risiko der Arbeitslosigkeit

Formal gesehen gab es in der SBZ/DDR zwischen 1947 und 1977 eine Pflichtversicherung gegen Arbeitslosigkeit. Der erwähnte Befehl Nr. 28 führte sie in der Weise ein, daß alle „entgeltlich Beschäftigten“ automatisch und ohne gesonderte Beitragszahlung gegen Arbeitslosigkeit versichert waren; die Sozialversicherung hatte „bei

Bedarf“ den Arbeitsämtern die für Arbeitslosenunterstützung nötigen Summen zur Verfügung zu stellen. Diese Rechtsgrundlage bestand fort bis eine Neufassung des Arbeitsgesetzbuchs im Jahre 1977 den Leistungszweig der Arbeitslosenunterstützung ersatzlos strich.

Die versicherungsrechtliche Form der Bewältigung des Arbeitsplatzrisikos war von vornherein als ein Interim gedacht. Sie sollte durch die Steuerungskapazität eines verstaatlichten Produktionssystems ersetzt werden, also mittels Arbeitskräfte lenkung sowie inner- und zwischenbetrieblicher Regelungen. Tatsächlich ist dieser Versicherungszweig bereits im Verlaufe der fünfziger Jahre gleichsam verdorrt: Die Zahl der „registrierten Arbeitssuchenden“ sank bis 1960 auf etwa 7000 Personen, was einer Arbeitslosenquote unter 1 Prozent entsprach, und seit 1962 sucht man diese Rubrik in den Statistischen Jahrbüchern der DDR vergebens. Verbreitete offene Arbeitslosigkeit gab es nicht mehr ¹³.

Bekanntlich hat die SED die Beseitigung der Arbeitslosigkeit stets als eine ihrer größten „sozialen Errungenschaften“ dargestellt. Man hat dem treffend entgegengehalten, daß hier nicht eigentlich eine „Leistung der Partei“ zu sehen sei, sondern ein Resultat von „Umständen“, die den für die Geschichte der DDR so typischen chronischen Arbeitskräftemangel verursacht haben ¹⁴. Für die fünfziger Jahre ist an die massenhafte Abwanderung von Arbeitskräften nach Westdeutschland zu denken, im Längsschnitt der DDR-Geschichte vor allem an die relativ geringe Arbeitsproduktivität der zentralverwalteten Wirtschaft, an den überbesetzten Verwaltungs- und Sicherheitsapparat, an das systembedingte Interesse vieler Betriebe, sich wegen der ständig drohenden „Diskontinuitäten“ im Produktionsablauf Arbeitskräftereserven für Stoßarbeit zu halten, und anderes mehr. So läßt sich durchaus sagen, daß die SED aus der Not ineffizienter Beschäftigungsstrukturen die Tugend eines „Rechts auf Arbeit“ gemacht hat. Die protektionistisch gewährleistete Sicherheit des Arbeitsplatzes wirkte dann seinerseits jedem tiefergreifenden ökonomischen Strukturwandel entgegen ¹⁵.

Für die grundsätzliche Frage nach der Verknüpfung von Politik- und Sozialgeschichte ist hier indes nur dieses festzuhalten: Die DDR hat die versicherungsförmige Ausgliederung von Beschäftigungsrisiken rückgängig gemacht, die Bewältigung solcher Risiken vielmehr in das Produktionssystem hineinverlagert. Das Problem der Unangemessenheit von Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftebedarf konnte daher in den Betrieben die Form unproduktiver Arbeit annehmen, aber nur in wenigen Ausnahmefällen zur Entlassung in die Soziallage der Arbeitslosigkeit führen.

Wegfall traditioneller Kerne der Interessenformierung

Die herkömmliche Organisation der Sozialversicherung war eng mit spezifischen Interessenlagen verknüpft. Am deutlichsten sticht dies bei der versicherungsförmigen Heraushebung der Angestellten aus der Arbeiterschaft ins Auge. Bekanntlich

hat dieser 1911 einsetzende Vorgang den Arbeiter-Angestellten-Unterschied nicht nur rechtlich fixiert, sondern auch folgenreich vertieft. Hatte die separate Institution der Angestelltenversicherung, in gewisser Weise auch die der Ersatzkassen, günstige Durchsetzungschancen bestimmter Interessen sozialpolitisch festgeschrieben, so beseitigte die Einheitsversicherung diese Trennlinie nun schlagartig. Deren Zweck, so hieß es, sei nichts anderes gewesen, als „einen künstlichen Interessengegensatz zwischen Angestellten und Arbeitern aufzurichten“¹⁶. Zwar hielt die „Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten“ bis zuletzt an diesem Namen fest; ihr Regelungsgefüge unterstützte aber nachhaltig die Einebnung der herkömmlichen Formen des Arbeiter-Angestellten-Unterschieds.

Auch in anderer Hinsicht beseitigte die Einheits- und Volksversicherung versicherungsspezifische Kerne sozialer Interessenformierung; das ließe sich auch am Beispiel der Betriebs- oder Innungskrankenkassen zeigen¹⁷. Zugleich entzog sie den ärztlichen Standesinteressen einige traditionelle Stützen: Mit der Kassenvielfalt entfiel eine günstige Bedingung ärztlicher Verhandlungsmacht; mit der Ausdehnung der Versicherungspflicht und dem Verbot privater Versicherungsunternehmen verschwand die Sozialfigur des Privatpatienten. Aufs Ganze gesehen, eröffnete die neue Organisationsform die Möglichkeit, dem politisch-programmatischen Ziel einer „Annäherung der Schichten und Klassen“ über eine Vereinheitlichung des Zugangs zu den Leistungen der Sozialversicherung (als Einheit von Kranken-, Unfall-, Renten- und Mutterschaftsversicherung) näherzukommen.

Rolle der Gewerkschaften und der Betriebe

Staatlich inkorporiert und parteiherrschaftlich domestiziert, verlor der FDGB viele Rechte, die für die autonome Gewerkschaftsbewegung charakteristisch gewesen waren. Damit tauschte er Betätigungsfelder ein, auf denen er als Funktionsorgan staatlicher Programme in Erscheinung trat. Das wird im vorliegenden Zusammenhang besonders augenfällig: Der Gewerkschaftsbund verwandelte sich zur Implementationsbürokratie der Sozialversicherung. Faßt man allein den Kreis der ehrenamtlichen Funktionäre ins Auge, so gab es Mitte der fünfziger Jahre rd. 200 000, Mitte der achtziger fast 400 000 Gewerkschaftler, die als „Bevollmächtigte für Sozialversicherung in den Gewerkschaftsgruppen“, als Mitglieder der „Räte für Sozialversicherung bei den Betriebsgewerkschaftsleitungen“ oder als Mitglieder der Kurkommissionen und Beschwerdekommisionen für die Sozialversicherung tätig waren.

Der Schwerpunkt ihrer Tätigkeit lag in den Betrieben. So entstand dort ein Betreuungsnetz, welches das Sozialversicherungsverhältnis enger als je zuvor mit dem Lebenszusammenhang der Beschäftigten verknüpfte. Dabei nahm das im Oktober 1947 neu geschaffene Amt der „Bevollmächtigten“ eine besonders interessante Zwischenposition ein¹⁸. Bei diesen in den Betrieben gewählten Amtsträgern

handelte es sich anfangs um etwa 45 000 Personen, dann stieg die Zahl steil an, erreichte um 1970 eine Größenordnung von 200 000 und wuchs danach noch weiter. Die Bevollmächtigten hatten einerseits die Aufgabe, den Betriebsangehörigen in allen Fragen der Sozialversicherung mit Rat und Tat zu helfen; andererseits war ihnen ein verhaltensregulierendes Funktionsbild zgedacht, das letztlich – es reichte über Kontrollbesuche bei ‚Krankfeiernden‘ bis zur Überprüfung, ob die ärztlichen Anweisungen befolgt würden – auf eine Senkung der Krankenziffern zielte¹⁹. Ob und inwieweit die ambivalente Betreuungs- und Kontrollfunktion des innerbetrieblichen Heers von „Bevollmächtigten“ soziale Bedeutsamkeit erlangt hat, verdient eine genauere Untersuchung.

Fragen der Kostenzurechnung

Die Frage, welche sozialen Kosten wo zugerechnet werden, kann im großen Maßstab den Grundriß einer Gesellschaft erschließen; sie lohnt auch in einem Randbereich wie der Finanzierung der Sozialversicherung. Die 1947 eingeführte Regelung – 20 Prozent Pflichtbeitrag bis zu einer Beitragsbemessungsgrenze von 600 Mark, je zur Hälfte vom Versicherten und vom Betrieb zu bezahlen – blieb bis 1989 nahezu unverändert. Es wurde nur einmal (1978) im Zuge eines Ringtauschpakets der Betriebsanteil auf 12,5 Prozent erhöht²⁰. Einen Umschichtungsmechanismus, der eine Steigerung des Sozialprodukts als Quelle einer Steigerung des Sozialaufwands verfügbar macht, gab es in dieser statischen Konstruktion nicht – etwa in Form einer gleitenden Bemessungsgrenze, die berücksichtigt hätte, daß das durchschnittliche Arbeitseinkommen der Versicherten seit den frühen sechziger Jahren über die 600-Mark-Grenze hinauswuchs und sie am Ende um mehr als das Doppelte überstieg. Kein Bürger der DDR hat daher jemals mehr als 60 Mark monatlich als Pflichtbeitrag bezahlt²¹. Zusammen mit dem Betriebsanteil konnte der Beitrag maximal 135 Mark erreichen.

Setzt man die niedrige und statisch eingefrorene Höhe des Pflichtbeitrags in Relation zur Größenordnung und zur Wachstumstendenz der Aufgaben und Ausgaben der Sozialversicherung, so sticht ein wachsendes Mißverhältnis ins Auge. Das zog zwar steigende Staatszuschüsse nach sich – sie kletterten von einer geringen Anfangsquote über etwa 20 Prozent (1960) auf rund die Hälfte (1980) aller Ausgaben der Sozialversicherung –, aber es liegt ein bedeutender Unterschied darin, daß der Beitrag an bestimmte Sozialzwecke gebunden ist, während diese in der Arena des Staatshaushalts mit allen möglichen anderen Zwecken konkurrieren müssen. So zogen z. B. in den achtziger Jahren die Preissubventionen rasant an den Staatszuschüssen und sogar an den Gesamtausgaben der Sozialversicherung vorbei, während deren Anteil am Staatshaushalt schrumpfte²². Unter dem Konkurrenzdruck anderer Zwecke vermochten die Staatszuschüsse also durchaus nicht voll auszugleichen, was die zu niedrigen Beiträge verfehlten. Im ganzen spricht viel dafür, daß die po-

litisch festgeschriebene Struktur der Finanzierungsquellen der Sozialversicherung sowohl für die mangelhafte Qualitätsentwicklung im Gesundheitswesen (das großenteils über die Sozialversicherung abgerechnet wurde) als auch für die unbefriedigende Rentenversorgung²³ kausal bedeutsam gewesen ist.

III. Gesundheitswesen

Wie die Kosten, so waren auch die Leistungen des Gesundheitswesens in allen Bereichen und auf allen Stufen im Prinzip verstaatlicht. Zu den weiteren Merkmalen zählten die Unentgeltlichkeit der Inanspruchnahme, die territoriale Zentralisierung der ambulanten Versorgung der Polikliniken und Ambulatorien mit enger Verzahnung ambulanter und stationärer Versorgung, eine starke Orientierung auf Prophylaxe und Früherkennung, das sogenannte Dispensaireprinzip²⁴ und der massive Ausbau des Betriebsgesundheitswesens. Im Unterschied zum organisatorischen Umbau der Sozialversicherung, auf welche die sowjetische Besatzungsmacht wenig Einfluß genommen hat, zeigt das Gesundheitswesen Züge einer Imitation des sowjetischen Vorbilds²⁵. Allerdings dürften genauere Untersuchungen ergeben, daß in erheblichem Maße auch an Alternativkonzepte aus der Zeit der Weimarer Republik angeknüpft wurde²⁶. Auch personelle Kontinuitäten fallen auf: so gelang es z. B. Hermann Redetzky, der 1932 im Preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt eine Reform des Kreisarztwesens entworfen hatte, das Gesundheitswesen der DDR entsprechend seinen damals entwickelten Grundgedanken zu beeinflussen²⁷.

Relikte des Bürgertums

Das Prinzip der Verstaatlichung des Gesundheitswesens bedeutete unter anderem: Kampf gegen traditionell „bürgerliche“ Grundlagen von Gesundheitsberufen, insbesondere gegen die Niederlassungsfreiheit und selbständige Interessenvertretung der Ärzte. Das verbindet die Sozialpolitikgeschichte mit der Sozialgeschichte der Ärzte²⁸, aber auch der Apotheker und anderer Berufsgruppen im Heil- und Hilfsmittelbereich. Im Wechselspiel von Drosselung und Zugeständnissen überdauerte im Gesundheitswesen ein kleiner privater Sektor, der für die Frage nach Größe und Verbleib des alten Bürgertums bedeutsam ist²⁹. Wie eine Kontrastfolie läßt sich die gegenläufige Entwicklung in der Bundesrepublik heranziehen: Hier expandierte die ambulante Versorgung als Domäne freiberuflich praktizierender Ärzte, und es entstanden im Bereich des Gesundheitshandwerks (z. B. Optiker, Hörgeräteakustiker) und der physiotherapeutischen Heilberufe Zehntausende von Betrieben, die man dem von der Sozialversicherung alimentierten selbständigen Mittelstand zurechnen

kann. Die Gesundheitspolitik der DDR sagte sowohl der Verbürgerlichung der Heilberufe als auch bestimmten Formen eines als bürgerlich verworfenen Patientenverhaltens den Kampf an. So waren im Grundsatz keine Privatstationen erlaubt, in denen Krankenhauspatienten gegen Zuzahlung bestimmte Vergünstigungen erhalten konnten; und von Anfang an ist mit starkem sowjetischen Nachdruck „Volkseigentum“ im Kur- und Bäderwesen durchgesetzt worden, um das „Kurenprivileg der Bourgeoisie“ zu brechen³⁰.

Gesundheitspflicht

Wahrscheinlich gab weniger die ideologische Hervorhebung von Arbeit und Arbeitskraft im marxistisch-leninistischen Lehrgebäude den Ausschlag als vielmehr das eminent praktische Interesse an einer Senkung des Krankenstandes, der als Koeffizient die Arbeitskräftebilanz der Volkswirtschaftsplanung wesentlich beeinflusste: Jedenfalls avancierte die Gesundheitsfrage in der DDR weit mehr als etwa in der Bundesrepublik zum Staatsproblem. Das Staat-Bürger-Verhältnis veränderte sich durch die Einführung einer Art Gesundheitspflicht – ähnlich der Schul- oder Militärflicht. Das ist an dem Ausmaß und der Intensität einer den körperlichen Eingriff einschließenden direkten Steuerung ablesbar.

Hier ließe sich vieles hervorheben, vor allem das relativ straff durchgesetzte, laufend ausgebaute staatliche Impf-Pflichtprogramm zur „Durchimmunisierung“ der Bevölkerung, eine ausgedehnte gesetzliche Krankheits-Meldepflicht sowie der Präsenzzwang bei Reihenuntersuchungen zur Früherkennung von Krankheiten. Die den Verweigerern angedrohten Ordnungsstrafen wurden in der Regel aber wohl nicht vollstreckt. Im ganzen erreichte die Gesundheitsüberwachung, soweit es sich um Kinder, Jugendliche und Menschen im erwerbsfähigen Alter handelte, ein sehr hohes Ausmaß. Wie sich das auf das Gesundheitsverhalten der Bevölkerung ausgewirkt hat, ist noch wenig bekannt; ebenso ergeben sich Rückfragen an das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit, besonders auch an den Umgang mit Datenerhebung und -verbreitung³¹.

Funktionszuwachs der Betriebe

Seit 1947/48 ging eine starke Tendenz dahin, das Gesundheitswesen schwerpunktmäßig in den Betrieben zu verankern. Mitte der siebziger Jahre war der Aufbau des betrieblichen Gesundheitswesens, dem neben der allgemeinen medizinischen Versorgung der Beschäftigten auch arbeitsmedizinische Betreuung und arbeitshygienische Kontrolle zugewiesen waren, weitgehend abgeschlossen. Seither wurden etwa zwei Drittel aller Werkstätigen von betrieblichen Gesundheitseinrichtungen (Betriebspolikliniken, -ambulatorien, Arzt- bzw. Schwesternstellen) unmittelbar be-

treut. Für kleine Betriebe übernahmen ambulante Einrichtungen des territorialen Gesundheitswesens die betriebsärztlichen Aufgaben. Rechnet man diese hinzu, so erreichte der betrieblich lokalisierte Gesundheitsdienst etwa 75 Prozent der Werktätigen³². Umgekehrt bauten Großbetriebe die Kapazität ihrer Gesundheitseinrichtungen häufig so weit aus, daß sie neben den Betriebsangehörigen und ihren Familienmitgliedern auch Teile der Wohnbevölkerung mitbetreuen konnten³³. Als zentrale Orte der Vermittlung von Gesundheitsleistungen gewannen die Betriebe somit zusätzliche Bedeutung für die Lebenslage großer Teile der Bevölkerung.

Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse? Morbidität und Mortalität

Im Grundsatz stand das Gesundheitswesen der Bevölkerung gleichmäßig und unentgeltlich zur Verfügung. Das entsprach dem proklamierten Ziel der wachsenden Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse. Inwieweit Ziel und Wirklichkeit übereinstimmen, wird empirisch zu prüfen sein. Dabei zeichnen sich verschiedene Dimensionen ab, in denen „soziale Ungleichheit vor Krankheit und Tod“ (Reinhard Spree) fortbestanden oder an Schärfe noch zugenommen hat – z. B. regionale Unterschiede, die offenbar landwirtschaftliche Gebiete am meisten benachteiligten und Ostberlin am stärksten privilegierten; lebenszyklische Unterschiede, weil die Gesundheitsverhältnisse im Rentenalter weniger geschützt wurden als in den früheren Lebensphasen; Privilegierung von Personengruppen durch exklusive Einrichtungen – wie das Regierungskrankenhaus und Sonderbereiche in Bezirkskrankenhäusern³⁴ – oder irreguläre, teilweise naturalwirtschaftliche Beziehungsmuster³⁵. Zu beachten ist auch die Praxis von Ausnahmegenehmigungen, die es Betrieben gestatteten, Grenzwerte bei der Belastung von Arbeitsplatz und Umwelt mit schädlichen Stoffen zu überschreiten³⁶.

Wie hat sich das staatliche Gesundheitswesen auf den Gesundheitszustand der Bevölkerung ausgewirkt? Die verfügbaren Statistiken weisen aus, daß dieser sich seit 1949 insgesamt nachhaltig verbessert hat. Vor allem sind Erfolge bei der Senkung der Säuglingssterblichkeit, die Zurückdrängung von Infektionskrankheiten, die Abnahme der Arbeitsunfälle hervorzuheben; auch die Lebenserwartung stieg an³⁷. Es fällt aber auf, daß das Tempo der Verbesserungen im ganzen deutlich hinter das in den westlichen Industrieländern zurückfiel. Im Vergleich mit der ‚alten‘ Bundesrepublik zeigt sich: In den siebziger und achtziger Jahren haben sich „zunehmend fast alle wesentlichen Gesundheitsdaten“ der Bevölkerung der DDR „weniger günstig“ entwickelt³⁸. Wählt man die Lebenserwartung als Indikator, so liegt in der Mitte der siebziger Jahre eine große Zäsur: Seither verschlechterte sich die Lebenserwartung aller ostdeutschen Alters- und Geschlechtsgruppen gegenüber den westdeutschen – und westeuropäischen – Vergleichswerten³⁹. Die Ursachen sind äußerst komplex und bisher nur im Hypothetischen zu erörtern. Sie verweisen – wie z. B. die Umweltbelastung oder verhaltensbedingte gesundheitliche Risikofaktoren –

nicht ohne weiteres auf institutionelle Merkmale des Gesundheitswesens. Aber dessen zunehmend in Rückstand geratene materielle und technische Ausstattung gehört ohne Zweifel in das Bündel der Erklärungsfaktoren ⁴⁰. Auf Ganze gesehen ist eine Fülle von Mängeln in der medizinischen Versorgung inzwischen unstrittig. Hingegen ist strittig, ob die Mängel lediglich der Ressourcenausstattung und – systemintern behebbaren – organisatorischen Mißständen anzulasten sind oder auch – und inwieweit – der ordnungspolitischen Grundstruktur des Gesundheitswesens ⁴¹.

IV. Altersversorgung

Das von der Sozialversicherung der DDR gewährleistete Rentensystem ist mit verschiedenen Mitteln – Einfrieren des Beitragssatzes und der Beitragsbemessungsgrenze, Mindestrente und Festbeträge, weite Ausdehnung der Versicherungspflicht – so umgesteuert worden, daß es die Funktion eines „national minimum“ für die Staatsbürger im Rentenalter erhielt. Das hat erheblich dazu beigetragen, daß die älteste Schicht des deutschen Sozialrechts, die öffentliche Fürsorge, nahezu bedeutungslos geworden ist, soweit sie als laufende Hilfe zum Lebensunterhalt konzipiert war ⁴². Das Existenzminimum wurde allerdings nur zum Teil über die sehr niedrig bemessenen Rentenzahlbeträge gedeckt; den anderen Teil steuerte in zunehmendem Maße die staatliche Subventionierung von Preisen für Güter des Grundbedarfs wie Nahrungsmittel, Mieten und Verkehrstarife bei; erst beides zusammen – die personenbezogene Transferzahlung und die produktbezogene Subvention – ermöglichte den Rentnern einen Lebenszuschnitt von karger Auskömmlichkeit ⁴³. Für einen Teil des Zugangs zu Dienstleistungen und Materialbeschaffung sahen die Rentner sich auch an die Betriebe verwiesen, in denen sie früher gearbeitet hatten. Denn der Betrieb war arbeitsgesetzlich unter anderem dazu angehalten, seinen „Arbeitsveteranen“ „entsprechend seinen Möglichkeiten bei der Instandhaltung ihrer Wohnung Hilfe zu gewähren“ ⁴⁴.

Das dürftige Renten-Niveau der Pflichtversicherung bildete je länger, um so mehr das schwächste Glied im Sozialleistungssystem der DDR. Keine andere Soziallage des ‚normalen‘ Lebens war so typisch mit der Gefahr der relativen Verarmung verbunden wie die des Altersrentners. Um dem Spannungspotential gegenzusteuern, das sich hier aufstaute, tat die Partei- und Staatsführung 1971 einen vielbeachteten Schritt, indem sie eine Freiwillige Zusatzrentenversicherung (FZR) einführte. Wer mehr verdiente als 600 Mark und das später in seiner Rente spüren wollte, konnte fortan freiwillig entsprechende Beiträge zahlen ⁴⁵. Von einer massiven Werbekampagne unterstützt, stieg die Quote derer, die von dem relativ günstig ausgestalteten Angebot der FZR Gebrauch machten, kräftig an und erreichte zuletzt 70 bis 80 Prozent der erwerbstätigen Bevölkerung. Auf der Leistungsseite zog der SED-

Staat mit dem neuen Zusatzsystem gleichsam einen Wechsel auf die Zukunft. Denn der Rentenanspruch baute sich über längere Beitrags- und Anwartschaftszeiten auf, und bis 1989 beeinflusste die FZR das Rentenniveau noch nicht sehr deutlich⁴⁶. Hingegen schlug das neue Zusatzsystem auf der staatlichen Einnahmenseite sofort und merklich zu Buche⁴⁷. So verschaffte diese Reform dem Staatshaushalt erst einmal eine Atempause und mehr Liquidität, und sie schöpfte zugleich einiges von dem notorischen Kaufkraftüberhang in den Geldbeuteln der Werktätigen ab.

Nivellierung, Differenzierung, Privilegierung

Während das westdeutsche Rentensystem 1957 auf das Ziel hin ausgerichtet wurde, den individuellen Erwerbserfolg zu prämiieren, um den im Erwerbsleben erreichten Status im Rentenalter zu erhalten, wählte das ostdeutsche Rentensystem die umgekehrte Richtung (die nach 1945 auch in verschiedenen westlichen Industriestaaten eingeschlagen wurde): Es bot als Regelfall eine Grundsicherung auf existenzminimalem Niveau. Das wirkte als allgemeine Regelung egalitär und nivellierend.

Daneben entstand jedoch in mehreren Schüben ein Geflecht besonderer Zusatz- und Sonderversorgungssysteme, das für den einzelnen Bürger kaum durchschaubar war. Vor 1989 erfuhr man darüber einiges, aber nie alles. Warum die Regie des öffentlichen Lebens die Publizität scheute⁴⁸, läßt sich unschwer vermuten: Die Finanzierungs- und Leistungsregelungen durchbrachen mehr oder minder stark den proklamierten Grundsatz der Gleichbehandlung. Inzwischen zeichnet sich ein verlässliches Gesamtbild ab. Es gab vier selbständige Sonderversorgungssysteme⁴⁹ und 27 Zusatzversorgungssysteme, die mit der Sozialversicherung auf höchst unterschiedliche Weise verknüpft waren⁵⁰. Mit der deutschen Vereinigung wurde bekannt, daß etwa 1,6 Millionen Personen über Anwartschaften, weitere 0,35 Millionen Personen über Leistungen aus einem dieser Systeme verfügten. Hinzu kamen noch einige weitere Sonderregelungen, insbesondere für Opfer des Nationalsozialismus, seit 1974 auch Rentenzuschläge für Mitglieder von Betriebskampfgruppen und deren Hinterbliebene.

Die Motive, die dieses stark differenzierte Sonder- und Zusatzgefüge der Alterssicherung hervorgebracht haben, sind vielfältig. Gewiß war „teile-und-herrsche-Strategie“ am Werk⁵¹. Wie auch in anderen Bereichen der SED-Herrschaft kommt hier eine abgestufte Privilegienvergabe in den Blick, für die fünfziger Jahre auch das Gewähren von „Bleibeprämien“⁵². Der Bereich der Sonderrenten läßt sich aber überwiegend in Analogie zur Beamtenpension erklären. Die Zusatzrenten erweisen sich bei näherem Hinsehen häufig als eine etwas verquere Art von Lohnpolitik: Rentenrechtliche Vergünstigungen sollten lohnpolitische Unterbewertungen ausgleichen, an denen zu rühren nicht opportun erschien. Die Relationen der Arbeits-einkommen waren in der DDR bekanntlich auf eine „untere Mitte“ hin zusammengedrängt, die sich am Lohnniveau der vom Regime besonders umworbenen

Produktionsarbeiter orientierte, während sich z. B. die finanzielle Attraktivität akademischer Bildungswege zumeist in engen Grenzen hielt. Die Einkommensnivellierung erfaßte insbesondere die an den Berührungszonen zur Industriearbeiterschaft tätigen Gruppen der „Intelligenz“; diese verdienten kaum mehr – andere „Intelligenz“-Berufe wie z. B. die Pädagogen im Durchschnitt eher weniger – als Facharbeiter⁵³. Gerade derartige Gruppen findet man jedoch in die Zusatzrentensysteme einbezogen. Es läßt sich also durchaus argumentieren, daß hier eine Kompensation für „fehlende leistungsgerechte Entlohnung“ zu sehen sei. Da die Zusage einer besseren Altersversorgung die Kosten in die Zukunft schob, kam sie in der Gegenwart obendrein billiger, als es eine Aufstockung der Gehälter gewesen wäre⁵⁴.

Die Rentner – eine „Versorgungsklasse“?

Unterschiede im Sozialeinkommen und im Zugang zu öffentlichen Gütern können „Versorgungsklassen“ hervorbringen. Diesen Begriff hat M. Rainer Lepsius vorgeschlagen, um Bevölkerungsgruppen mit einer typisch gleichartigen und primär sozialpolitisch bestimmten Lebensstellung zu erfassen⁵⁵. Es erscheint gerechtfertigt, das Gros der Rentner in der DDR als eine solche Versorgungsklasse zu betrachten. Soweit sie nicht durch Sonder- oder Zusatzsysteme herausgehoben waren, verfügten die Rentner über eine auf einem Mindestplafond nivellierte Kaufkraftausstattung: Die Scheidelinie zwischen Berufstätigen und Rentnern tritt als „Differenzierungsdominante der Einkommensstruktur“ deutlich hervor⁵⁶. Ebenso gerieten die Rentner bei der Wohnungsversorgung⁵⁷, wahrscheinlich auch beim Zugang zum Gesundheitswesen ins Hintertreffen. Zumindest unter dem Gesichtspunkt der Einkommensverhältnisse ist freilich eine geschlechtsspezifische Differenzierung dieser „Versorgungsklasse“ zu beachten, die ganz überwiegend (1989 zu 72 %) eine weibliche war: Im Stichtag 1989 zahlte die Pflichtversicherung an Frauen Renten, die um fast 25 Prozent niedriger lagen als die Renten der Männer⁵⁸.

Paradoxerweise vermittelte die Zugehörigkeit zu dieser in verschiedener Hinsicht benachteiligten Bevölkerungskategorie auch ein gemeinsames Privileg: die Erlaubnis zur Reise in den Westen. Damit erlangten die Rentner eine besondere Stellung, auch im Verwandten- und Bekanntenkreis, und sei es auch nur, weil sie begehrte Artikel aus dem Westwährungsbereich besorgen konnten. Allerdings lag in dieser Art Privileg, wie man spitz bemerkt hat, auch eine Art amtlicher Bestätigung, „nunmehr gesellschaftlich so unwichtig geworden“ zu sein, daß der Staat sich nicht mehr bemühen müsse, den „Kontakt mit dem Klassenfeind zu unterbinden“⁵⁹.

Fragen intergenerationaler Umverteilung

Unterscheidet man grob zwischen junger, mittlerer und alter Generation, so haben sich die sozialpolitischen Gewichte in der DDR zunehmend zugunsten der nachwachsenden und zu Lasten der alten Generation verschoben. Symptomatisch mag die Relation sein, die sich 1988 zwischen Kindergeld und Altersrente herausgebildet hatte: Die durchschnittliche Altersrente aus der Sozialpflichtversicherung betrug 380 Mark, das Kindergeld bei drei Kindern 300 Mark und erreichte bei vier Kindern 450 Mark⁶⁰. Auch im Bereich der sozialen Dienste entstand ein starkes Gefälle zum Nachteil der Alten. Die Hilfen für ältere und pflegebedürftige Bürger wurden zwar seit etwa 1970 merklich verbessert; sie blieben aber doch deutlich hinter der Förderung von Kindern und Jugendlichen zurück⁶¹. Auch hier mag eine finanzielle Relation symptomatisch sein: Der staatlich-örtliche Bereich brachte für Kinderkrippen, in der Säuglinge und Kleinkinder bis zum Kindergartenalter betreut wurden, mehr Geld auf als für Alters- und Pflegeheime⁶².

Die alte Generation sah sich von zwei Hauptdimensionen der Sozialpolitik gleichermaßen in Hintergrund gedrängt – sowohl von der, die sich auf die Geburt und die ersten Lebensjahre von Kleinkindern bezog, als auch von derjenigen, welche Produktionsnähe und Erwerbstätigkeit honorierte. Dagegen überlagerten sich diese beiden Dimensionen in der mittleren Generation mit unterschiedlichen Begünstigungs- und Belastungseffekten, aus denen soziale Spannungen entstehen konnten. So ging der forcierte Ausbau von Arbeitszeitvergünstigungen für erwerbstätige Mütter auf Kosten einer Senkung der allgemeinen Regelarbeitszeit, die lange und vergeblich erhofft wurde⁶³. Die intensive Nutzung des Rechts auf bezahlte Freistellungen, insbesondere Mutterschaftsjahre, brachte in Wirtschaftszweigen mit hohem Frauenanteil wie dem Gesundheits- und Sozialwesen erhebliche Probleme sowohl für den Betriebsablauf als auch für die innerbetriebliche Lastenverteilung mit sich⁶⁴.

Offenbar hat vor allem die ungleichmäßige Berücksichtigung der Generationen dazu beigetragen, daß die Sozialpolitik der DDR in einem gewissen Maße zum gesellschaftlichen Zankapfel wurde. Zwar fanden Verteilungskämpfe keinen offenen Ausdruck, aber die Maßnahmen zur Jugendförderung wurden zunehmend als „überzogen“ kritisiert⁶⁵. Das „Gespräch zwischen den Generationen“ sei im „Nullsummenspiel zwischen der Einführung des Babyjahrs und der relativen Verelendung der Rentner“ erstorben, heißt es in einer Oral-History-Studie, die 1987 in einigen Industrie-Regionen der DDR durchgeführt worden ist⁶⁶. Es mag ferner sein, daß die Position, in welche die Rentnergeneration gedrängt wurde, nicht unwesentlich die Vorstellungen beeinflusste, die sich die jüngere Generation von der eigenen Zukunft machte, und zwar so – das betont einer der führenden Sozialpolitik-Forscher der früheren DDR im Rückblick –, daß die Zukunft „wenig attraktiv und anziehend“ erschien⁶⁷.

V. Frauen, Familien, Demographie: Zur pronatalistischen Sozialpolitik

Junge Erwerbstätige mit Kindern, insbesondere die erwerbstätigen Mütter, rückten seit Anfang der siebziger Jahre zum wichtigsten Adressaten der Sozialpolitik auf. Immer aufwendigere Anstrengungen wurden seither unternommen, um zwei widerstreitende Ziele miteinander zu verbinden: die Frauenerwerbsquote maximal zu steigern und zugleich die Geburtenhäufigkeit auf das Niveau des Bestandserhalts – mithin zur Norm der Zwei- bis Drei-Kinder-Familie – zu heben.

Um 1970 lag der Frauenbeschäftigungsgrad mit rund 80 Prozent im internationalen Vergleich bereits sehr hoch⁶⁸. Aber für ihre wirtschaftlichen Ziele war die Partei- und Staatsführung darauf angewiesen, das weibliche Arbeitskräftepotential noch weiter und möglichst restlos auszuschöpfen. Denn es gab – bei ständigem Rückgang der Gesamtbevölkerung und geringer Bereitschaft zum Anwerben ausländischer Arbeitskräfte – keine anderen Reservequellen mehr. Und für einen tiefgreifend wirksamen Übergang vom „extensivem“ Wachstum (Mehreinsatz der Faktoren) zum „intensiven“ Wachstum (bessere Ausnutzung des Vorhandenen) mangelte es der DDR-Ökonomie notorisch an Flexibilität. Zugleich alarmierten nun aber bevölkerungspolitische Zusammenhänge die Planer in Partei und Staat. In der Nachkriegszeit waren die Geburtenziffern zunächst schnell angestiegen. Sie erreichten in der Mitte der sechziger Jahre das höchste Niveau und gingen dann – parallel zur westdeutschen und europäischen Entwicklung – in einen stark fallenden Abwärtstrend über⁶⁹. Die Einführung der „Fristenregelung“ im März 1972 konnte ein noch schnelleres Absinken der Geburtenhäufigkeit erwarten lassen⁷⁰.

In dieser Konstellation beschloß das Politbüro die Bildung eines „Wissenschaftlichen Rates für Sozialpolitik und Demographie“. Als Emissärin erschien zur Konstituierenden Tagung Inge Lange, die Leiterin der Abteilung „Frauen“ beim ZK der SED⁷¹. Sie erläuterte sehr deutlich, worum es ging. Bisher sei man mehr oder weniger „von den im praktischen Leben klar zutage getretenen Problemen“ ausgegangen; künftig brauche man mehr wissenschaftlich fundierte „Vorschläge für die staatliche Leitungstätigkeit“. Insbesondere solle die Wissenschaft Kriterien liefern, „die es ermöglichen, die Effektivität sozialer Leistungen exakter zu bestimmen, und zwar rechtzeitig“. Insoweit ist hier ein Versuch erkennbar, mit Hilfe institutionalisierter Politik-Beratung⁷² mehr Anpassungselastizität zu gewinnen: Die Führungsspitze wollte Genaueres und Verlässlicheres über die sozialen Verhältnisse wissen, in die sie interveniert und über die Wirkungen, die sie dort auslöst. Vor allem aber ging es darum, Sozial- und Bevölkerungspolitik in Zukunft aufs engste und zielgerichtet miteinander zu verklammern. Die Emissärin des Politbüros betonte: „Das Bedürfnis der Gesellschaft ist die Drei-Kinder-Familie, denn nur sie gewährleistet die Reproduktion des unmittelbaren Lebens. Wir müssen den Wunsch nach mehreren Kindern in jeder Hinsicht und in jeder Familie fördern, aber wie?“. Das „geußt wie“ herauszufinden gehörte zu den Hauptaufgaben des neuen Rates⁷³.

Maßnahmen

In mehreren Schüben – vor allem 1972, 1975/77 und 1984/87 – ging die Sozialpolitik daran, Anreize und Hilfen quantitativ und qualitativ in dem Maße zu steigern, wie die Biographie der Regelungsadressaten die beiden erwünschten Merkmale miteinander verband: lange Erwerbstätigkeit und die Geburt von Kindern. Das immer dichter werdende Geflecht der Regelungen ist häufig dargestellt worden⁷⁴ und bedarf hier nur einer kurzen typologischen Zusammenfassung. (a) Ein zuletzt nahezu flächendeckendes Netz von Krippen, Kindergärten und Schulhorten bot sich zur Betreuung der Kinder an. Auch andere gesellschaftliche Einrichtungen wie die Gemeinschaftsverpflegung in Form des „Werkküchenessens“ expandierten zur Entlastung von Hausarbeit. Die zunehmende Vergesellschaftung von Aufgaben, die bisher überwiegend im Binnenraum der Familie geleistet wurden, ist bekanntlich nicht allein unter dem Aspekt der Förderung weiblicher Berufsarbeit zu sehen; vor allem die Entprivatisierung der Kinderbetreuung verband sich mit Zwecken ideologischer Art und verschob merklich das Verhältnis von Privatheit und Öffentlichkeit. (b) Zahlreiche monetäre Leistungen rankten sich sowohl direkt als auch indirekt, z. B. in der Form der Steigerung von Rentenanwartschaften, um die Geburt und die ersten Lebensjahre der Kinder. (c) Bezahlte Freistellungen, kürzere Arbeitszeiten und andere arbeitsrechtliche Vergünstigungen⁷⁵ unterstützten die Vereinbarkeit von Beruf und Mutterschaft. (d) Weitere Förderungsmaßnahmen wie Vorzugsrechte bei der Wohnungsvergabe, auch einige Sonderrechte für alleinerziehende Mütter, traten hinzu.

Auch hier erweist sich wieder der Betrieb als besonders bedeutsamer Ort der Sozialpolitik. Manche Regelungen wie die Absenkung der Arbeitszeit trugen die Betriebe voll. Andere ergänzten sie; z. B. überbrückten betriebliche Ferienlager die Differenz zwischen der Ferienlänge und dem Jahresurlaub der Eltern. Von großer praktischer Bedeutung war weiterhin, daß man im betrieblichen Organisationsrahmen Besorgungen machen (Verkaufsstellen) und Dienstleistungen (z. B. Frisöre) in Anspruch nehmen konnte.

Es sollte nicht übersehen werden, daß die positiven Anreize mit einer äußerst restriktiven Ausgestaltung der Möglichkeit einhergingen, als Witwe eine Hinterbliebenenrente zu erhalten. Während die nachwachsende Generation sich hierauf einstellen konnte, gehörte die häufige Streichung von Witwenrenten anfangs der fünfziger Jahre zu den „durchaus brutalen Mitteln“ der Rekrutierung von Frauen für den Arbeitsmarkt⁷⁶. Im ganzen gab es also eine – auch im internationalen Vergleich – hervorstechende Fülle von sozialpolitischen Maßnahmen, die darauf zielten, die Vereinbarkeit von Familie bzw. Mutterschaft und Erwerbstätigkeit zu erleichtern – freilich auch die Optionsfreiheit zu beseitigen, sich voll dem einen oder anderen zu widmen.

Wirkungen

Die unter den Gesichtspunkten von Arbeit und Demographie bedeutsamen Verhaltensmuster und Lebensstile der DDR-Bevölkerung sind von weitaus mehr Bedingungen beeinflusst worden als denen, die sozialpolitisch Gestalt annahmen. Zudem waren alle diese Bedingungen stets in die Dimension des individuellen oder milieuspezifischen Handelns gerückt: Hier konnten sie von Wünschen, Ansprüchen und Erfahrungen gleichsam gebrochen werden; durchaus „eigensinnige“ Praktiken im Umgang mit den obrigkeitlichen Angeboten konnten die Folge sein. Zum Beispiel ist an „Mitnahme-Effekte“ zu denken. Dann wurden die Angebote pragmatisch genutzt, sie bestimmten das Verhalten aber nicht kausal. Im folgenden kann es also nicht um einfache, sozusagen lineare Kausalbezüge gehen. Aber alle Plausibilität spricht dafür, daß das skizzierte sozialpolitische Konzept die Herausbildung einiger spezifischer Merkmale der DDR-Gesellschaft zumindest gefördert hat.

Die DDR entwickelte sich zur weiblichsten Erwerbsgesellschaft Europas. Der Frauenbeschäftigungsgrad erreichte und überstieg die Marke von 90 Prozent in den frühen achtziger Jahren ⁷⁷. Am Ende lag die Erwerbsbeteiligung der Frauen höher als die der Männer ⁷⁸. Auch das Niveau der Geburtenhäufigkeit ging wieder deutlich nach oben – aber nur vorübergehend, von 1975 bis 1980. Dann setzte wieder eine kontinuierlich fallende Tendenz ein ⁷⁹. Die pronatalistische Sozialpolitik hat den generellen Trend also nicht dauerhaft aufzuhalten oder sogar umzukehren vermocht. Das eigentliche Ziel, die Sicherung des Bestandserhalts der Bevölkerung, ließ sich zu keinem Zeitpunkt mehr erreichen.

Es bildeten sich hingegen einige Züge des generativen Verhaltens heraus, die – insbesondere im Vergleich zur Bundesrepublik – als DDR-spezifisch gelten können. Dazu zählt eine sehr hohe Mütterrate. Ungefähr 90 Prozent der Frauen zwischen dem 20. und 40. Lebensjahr brachten mindestens ein Kind zur Welt – freilich immer seltener zwei oder mehr Kinder. Entgegen dem westeuropäischen Muster des hinausgeschobenen Fruchtbarkeitsgipfels lag die höchste Geburtenhäufigkeit im relativ jungen Lebensalter zwischen 21 und 23 Jahren. Der Anteil der nichtehelich geborenen Kinder stieg von 13,3 Prozent (1970) auf 33,6 Prozent (1989) stark an ⁸⁰. Seit den frühen siebziger Jahren ging es ebenfalls mit den Scheidungsziffern rapide aufwärts, bis zu einer im internationalen Vergleich sehr hohen Quote, und immer häufiger erhob die Frau die Klage ⁸¹.

Solche Daten, die im einzelnen zu entschlüsseln nicht die Absicht dieses Beitrags ist ⁸², sind Signale tiefgreifender Wandlungsvorgänge in Partnerschaft, Ehe und Familie. Sie verweisen u. a. auf die verbreitete Annahme des Leitbilds der Verbindung von Beruf und Mutterschaft, freilich in der Regel mit nur einem Kind und nicht – dem staatlich propagierten und geförderten Leitbild gemäß – mit mehreren Kindern, auf die wachsende ökonomische Unabhängigkeit der Frauen, auch auf einzelne Züge einer größeren Autonomie weiblicher Lebensentwürfe. Sie bringen

aber auch Stabilitätsverluste im Binnenverhältnis von Familien zum Ausdruck und deuten soziale Überlastungen und emotionale Überforderungen an⁸³. Offenbar warf die Frage der Vereinbarkeit von Beruf und Familie tiefergreifende Probleme auf, als eine in erster Linie an bevölkerungs- und arbeitsmarktpolitischen Erfolgszahlen interessierte Sozialpolitik zu lösen vermochte. Diese selbst war in mancher Hinsicht mehr Teil des Problems als Beitrag zur Lösung. So hingen das auffällig frühe Heiratsalter und die frühen Geburten unter anderem auch mit der besseren Aussicht auf die Zuteilung einer eigenen Wohnung zusammen – zu den Folgen gehörten überforderte junge Eltern und rasche Scheidung⁸⁴.

VI. Betriebszentrierte Arbeitsgesellschaft — mit sozialpolitischem Stützbalk?

Seit langem gilt die Zentrierung um ‚Arbeit‘ und ‚Betrieb‘ als ein besonderes Charakteristikum der DDR-Gesellschaft, wobei ‚Arbeit‘ in dem verengten Sinn der Erwerbsarbeit gemeint ist⁸⁵. Tatsächlich hat die Erwerbstätigkeit in der Geschichte der DDR eine signifikant größere Rolle gespielt als vergleichsweise in der Bundesrepublik, sowohl was den Anteil der in die Erwerbssphäre einbezogenen Bevölkerung betrifft als auch im Blick auf den Aufwand an Tages-, Wochen-, Jahres- und Lebenszeit. Dabei haben sozialpolitische Regulierungen wesentlich dazu beigetragen, Menschen und Zeit in die Sphäre der Erwerbsarbeit zu überführen und dort zu binden. Das ist im vorliegenden Beitrag verschiedentlich deutlich geworden und ließe sich durch weitere Ausführungen bekräftigen⁸⁶.

Ebenso trat die gesteigerte Bedeutung hervor, die der „Vergesellschaftungskern Betrieb“ (M. Rainer Lepsius) gerade auch als Ort sozialpolitisch vermittelter Leistungen einnahm⁸⁷. Abstrakt gesprochen: Die Zentralplanbindung der Betriebe erlaubte es dem verstaatlichten Produktionssystem, mehr gesamtgesellschaftliche Probleme auf der betrieblichen Ebene zu regulieren und auch mehr soziale Kosten dorthin zu verlagern, als dies unter marktwirtschaftlichen Bedingungen mit privat-autonom-dezentral entscheidenden Betrieben möglich ist. Berücksichtigt man ferner die hohe Zugehörigkeitsdauer der Beschäftigten zum selben Betrieb, die für die DDR typisch war, so ergibt sich ein Maß an Betriebsverbundenheit, daß zu den „wesentlichen Kohäsivkräften“ in der Geschichte der DDR (Peter Hübner) zu rechnen ist. Zu den Kehrseiten des ausgedehnten betrieblichen Sektors zählt, daß die kommunale und die verbandliche Sozialpolitik – sieht man von der bedeutenden karitativen Arbeit der beiden christlichen Kirchen ab – nur schwach ausgeprägt waren; dementsprechend verengte sich für Bevölkerungsteile, die nicht im Produktionsprozeß standen, der Zugang zu sozialen Leistungen.

Ohne Zweifel hat die Sozialpolitik auf die um Erwerbsarbeit und Betrieb zen-

trierte Gesellschaft der DDR zunächst einmal stabilisierend eingewirkt. Das gilt sowohl direkt – z. B. für den Gesundheitsschutz der Arbeitskraft und mancherlei Anreize zu ihrer vollerwerbstätigen Verwendung – als auch und mehr noch indirekt: Solche Werte wie Arbeitsplatzsicherheit, niedrige Preise des Grundbedarfs und Unentgeltlichkeit des Gesundheitswesens haben die Loyalitätsbereitschaft großer Kreise der Bevölkerung viel stärker getragen, als es der Glaube an die parteiliche Wahrheit der ideologischen Doktrin jemals vermochte. Je länger, um so mehr waren es gerade solche sozialpolitischen Stützbalken, auf denen die Last des Legitimationsanspruchs der zweiten deutschen Diktatur beruhte. Die mangelnde Legitimität der politischen Grundordnung, die schwache ökonomische Effizienz der SED-Herrschaft, das Wohlstandsgefälle beim Blick auf die westdeutsche Vergleichsgesellschaft verstärkten zusammen die kompensatorische Last, welche die „sozialen Errungenschaften“ – als die wirksamste und zuletzt wohl einzige Loyalitätsstütze – zu tragen hatten⁸⁸.

So gesehen, war es die schwindende wirtschaftliche Effizienz, welche die Spielräume für die sozialpolitische Pazifizierung der Gesellschaft verringerte bzw. zum weiteren Wirtschaften auf Kosten der Substanz zwang. Aber die Sozialpolitik untergrub auch selbst durch mancherlei Fehlsteuerungen⁸⁹ die gesellschaftliche Wohlfahrt. So zogen die sehr niedrigen Beiträge zur Sozialversicherung eine Unterausstattung des Gesundheitswesens nach sich; das fast unentgeltliche Wohnen war mit einem galoppierenden Verfall von Bausubstanz verbunden; das mit immer höheren Subventionskosten erkaufte starre Festhalten an „billigen und stabilen“ Preisen im Bereich des Grundbedarfs führte zu Verschwendung und Fehlallokation⁹⁰. Und die administrative Vollbeschäftigung, die am Ende als die größte soziale Errungenschaft der DDR galt (und im verklärenden Rückblick gilt), war sowohl Ausdruck als auch Mitursache ineffizienter Beschäftigungsverhältnisse.

Dies führt schließlich zu einem Kardinalproblem, vor dem jede industriell entwickelte Gesellschaft steht, die Effizienz und soziale Sicherheit gleichermaßen gewährleisten möchte. Diese beiden Zielsysteme schließen einander nicht aus, sie bedingen sich vielmehr teilweise wechselseitig. Sie stehen aber auch in struktureller Spannung zueinander. Das Prinzip der sozialen Sicherheit schränkt die freie Verfügbarkeit von Produktionsfaktoren auf Kosten des Rentabilitätsprinzips ein; umgekehrt wirken sich die Nachteile einer schwachen Ausschöpfung der Leistungsfähigkeit und eines verzögerten ökonomischen Strukturwandels negativ auch auf die erreichbaren Standards sozialer Sicherung aus. So bedarf der politische Prozeß vor allem in Zeiten eines raschen technologischen Wandels eines sehr hohen Maßes an Innovations- und Steuerungsfähigkeit, um neue Gleichgewichte zwischen sozialer Sicherung und ökonomischer Modernisierung zu finden. Dieses Maß erreichte der SED-Staat offensichtlich auch nicht annähernd.

Wenn es richtig ist, daß mit dem „Beginn der wissenschaftlich-technischen Revolution“ die „Totenglocke“ der DDR zu läuten begann⁹¹, dann gilt dies auch für die Sphäre der Sozialpolitik. Denn ihre Grundlagen waren mit dem älteren Typ des

„extensiven“ Wachstums der Ökonomie verbunden, der auf dem Mehreinsatz aller Faktoren beruhte. Strebte man einen Übergang zum „intensiven“ Wachstum mit flexiblerer Nutzung „intellektueller Potentiale und qualitativer Wachstumsfaktoren“ an, so konnte das auf den Stil der Sozialpolitik nicht ohne Einfluß bleiben. Sie mußte sich nun stärker auf Kriterien der Mobilität und Disponibilität beziehen, was auch bedeutete, die „Triebkraft sozialer Unterschiede“ anzuerkennen und vielfältig zu erschließen⁹²: sowohl durch besondere Leistungsanreize als auch durch Angebote, die den Widerstand von Rationalisierungsverlierern vermindern. Das ist auch in einigen Ansätzen versucht worden⁹³. Doch das Bleigewicht der generellen Stagnation hielt einen tiefergreifenden Wandel auch in dieser Hinsicht in engen Grenzen.

Anmerkungen

- 1 Gerhard Mackenroth, Die Reform der Sozialpolitik durch einen deutschen Sozialplan, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik. Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften. Neue Folge. Band 4, hrsg. v. Gerhard Albrecht, Berlin 1952, S. 39–76.
- 2 Dieter Grimm, Die Zukunft der Verfassung, in: Staatswissenschaften und Staatspraxis 1 (1990), S. 5–33, hier S. 15.
- 3 Sigrid Meuschel, Überlegungen zu einer Herrschafts- und Gesellschaftsgeschichte der DDR, in: Geschichte und Gesellschaft 19 (1993), S. 5–14, hier S. 5.
- 4 Als Überblick vgl. Gerhard A. Ritter, Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich, 2. Aufl., München 1991.
- 5 Vgl. Herwig Birg, Rainer Mackensen (Hrsg.), Demographische Wirkungen politischen Handelns, Frankfurt/M.–New York 1990, bes. S. 49.
- 6 Vgl. z. B. Wolf-Rainer Leenen, Tausendundeine Definition: Was ist Sozialpolitik?, in: Sozialer Fortschritt 27 (1978), S. 1–6.
- 7 Zur Karriere des Sozialpolitikbegriffs und seiner herrschaftslegitimatorischen Bedeutung in der DDR vgl. Hans Günter Hockerts, Soziale Errungenschaften? Zum sozialpolitischen Legitimitätsanspruch der zweiten deutschen Diktatur, in: Jürgen Kodka u. a. (Hrsg.), Von der Arbeiterbewegung zum modernen Sozialstaat. Festschrift zum 65. Geburtstag von Gerhard A. Ritter, Bonn 1994 (im Druck).
- 8 Für eine umfassende Chronik vgl. Johannes Frerich/Martin Frey, Sozialpolitik in der Deutschen Demokratischen Republik, München–Wien 1993. Von „propagandistischen Zwecken“ (S. 9) beeinträchtigt ist Gunnar Winkler (Hrsg.), Geschichte der Sozialpolitik der DDR 1945–1985, Berlin (Ost) 1989.
- 9 Zur Divergenz der Entwicklung im Westen und Osten Deutschlands vgl. Hans Günter Hockerts, Sozialpolitische Entscheidungen im Nachkriegsdeutschland. Alliierte und deutsche Sozialversicherungspolitik 1945 bis 1957, Stuttgart 1980.
- 10 Sonderregelungen für Eisenbahn und Bergbau werden hier und im folgenden vernachlässigt. Vgl. im einzelnen: Helmut Lehmann, Die Sozialversicherung in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands, Berlin 1949.
- 11 Am augenfälligsten gilt das für Helmut Lehmann, der zu den sozialdemokratischen ‚Krankenkassenkönigen‘ der Weimarer Republik gehört hatte und nun maßgeblich den Befehl Nr. 28 beeinflusste. Die mit der SED im „Block“ zusammengeschlossenen Parteien

widersetzten sich dem Umbau nicht merklich; allerdings plädierte die Ost-CDU gegen eine Fusionierung der Beiträge („Eintopf“) und wollte eine risikenspezifische Differenzierung bewahrt wissen. Diesen Hinweis wie auch einige weitere empirische Angaben verdanke ich Dierk Hoffmann, der eine Dissertation über die Umorganisation der Sozialversicherung in der SBZ/DDR 1945–1956 vorbereitet.

- 12 So heißt es in einem Schreiben des Leiters der Zentralen Kommission für Staatliche Kontrolle an Ulbricht vom 28. April 1951 über „Sabotagevorfälle in der Sozialversicherung“, es handle sich fast stets um Personen „aus dem rechten Flügel der SPD bzw. der KPO“; in einem Schreiben vom 13. Dezember 1951 an die SKK verdächtigte er „Schumacher-Elemente in den Institutionen der Sozialversicherung“ (Bundesarchiv, Außenstelle Coswig, C-1/207). Diesen Hinweis verdanke ich Jutta Braun, die eine Dissertation über die Zentrale Kontrollkommission vorbereitet. – Eine scharfe Abrechnung mit der „Sowjetisierung“ und der „Säuberungs“-Barbarei der Sozialversicherung unternahm Schumachers SPD mit Denkschrift 45 des Sopade-Informationsdienstes: Das Sozialversicherungswesen in der Sowjetzone, Bonn 1952.
- 13 Um die zunächst noch erhebliche Zahl von Arbeitslosen für die Arbeitskräftelenkung disponibel zu machen, wurden Anspruchsvoraussetzungen und Leistungshöhe der Arbeitslosenversicherung sehr restriktiv bemessen.
- 14 Jürgen Kuczynski, Probleme der Selbstkritik. Sowie von flacher Landschaft und vom Zickzack der Geschichte, Köln 1991, S. 37. Die Industrie der DDR sei hinter der im Westen so zurückgeblieben, „daß wir doppelt so viele Arbeiter brauchten, um die gleiche Menge Waren – und oft noch in niedrigerer Qualität – herzustellen“.
- 15 Die „Umstände“ und die mit ihnen verbundenen sozialen Kosten werden entschieden unterschätzt bei Ralf R. Leinweber, Das Recht auf Arbeit im Sozialismus. Die Herausbildung einer Politik des Rechts auf Arbeit in der SBZ/DDR 1945 bis 1961, Marburg 1983.
- 16 So Lehmann, Sozialversicherung, S. VI zum Motiv des Gesetzes von 1911. Dazu differenzierter Michael Prinz, Die Arbeiterbewegung und das Modell der Angestelltenversicherung. Zu einigen Bedingungen für die besondere Bürgerlichkeit des Wohlfahrtsstaats in der Bundesrepublik, in: Klaus Tenfelde (Hrsg.), Arbeiter im 20. Jahrhundert, Stuttgart 1991, S. 435–460.
- 17 Dementsprechend ging die Beseitigung des Beamtenstatus mit der Überführung der „Altpensionäre“ in die Sozialversicherung (1948) einher. Dabei wurden die Bezüge nach den Grundsätzen des neuen Rentenrechts kalkuliert, was die Zahlbeträge zumeist deutlich senkte.
- 18 Als Vorläufer galten in gewisser Weise die Knappschaftsältesten im Bergbau.
- 19 Bezeichnend für die Stoßrichtung gegen ‚Bummelanten‘ und ‚Krankfeierer‘ ist ein Alarmruf, den der damalige Direktor der Zentralverwaltung der Sozialversicherung, Paul Peschke, unter dem Titel „156 Millionen verlorene Arbeitsstunden“ in: Neues Deutschland vom 2. 11. 1952, S. 3 veröffentlichte. – „Kontrolle der arbeitsunfähig erkrankten Mitglieder der Gewerkschaftsgruppe“ und Unterstützung von Maßnahmen „zur Senkung des Krankenstandes“ zählten bis zuletzt zum Aufgabenkreis der Bevollmächtigten; vgl. Herbert Püschel, Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten. Erläuterungen zum 15. Kapitel des Arbeitsgesetzbuches der DDR, Berlin (Ost) 1989, S. 10.
- 20 Der finanzielle Spielraum der Sozialversicherung erhöhte sich dadurch kaum. Die zusätzlichen Prozentpunkte waren vielmehr als Ausgleich gedacht, weil die Lohnersatzlei-

- stungen im Krankheitsfall seither allein von der Sozialversicherung getragen wurden, während die Betriebe bisher einen Lohnzuschuß zum Krankengeld gezahlt hatten. Vgl. Arbeit und Arbeitsrecht 32 (1977), S. 513–518.
- 21 Bezogen auf die Sozialversicherung der Arbeiter und Angestellten. Die abweichenden Beitragsregelungen für Genossenschaftsmitglieder und selbständig Tätige verdienen im Hinblick auf Steuerungsziele eine genauere Untersuchung. So waren Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften vom Betriebsanteil befreit und der Beitragssatz für LPG-Mitglieder auf 9 Prozent gesenkt. Beide Regelungen galten bis 1971 und sollten offenbar die Transformation im agrarischen Bereich unterstützen.
 - 22 Statistisches Bundesamt (Hrsg.), DDR 1990. Zahlen und Fakten, Stuttgart 1990, S. 76 f.
 - 23 Vom Versuch einer Problemschärfung über die 1971 eingeführte freiwillige Zusatzversicherung wird unter IV. die Rede sein.
 - 24 Das Dispensaire-Prinzip sollte u. a. die Einheit von Vorsorge, Behandlung und Nachsorge sichern. Nikolai A. Semasko, der das sowjetische Gesundheitswesen von 1918 bis 1930 maßgeblich aufbaute und leitete, hatte Dispensaires während des Exils in Frankreich kennengelernt. Vgl. Semaschko. Der Schöpfer des neuen Gesundheitswesens Sowjetrußlands in seiner geschichtlichen Abhängigkeit und Bedeutung, hrsg. v. H. Harmsen, Hamburg 1962.
 - 25 Zahlreiche einschlägige Hinweise z. B. in: Im Dienst am Menschen. Erinnerungen an den Aufbau des neuen Gesundheitswesens 1945–1949, Berlin (Ost) 1985.
 - 26 Vgl. z. B. zur Gründung von Ambulatorien und Polikliniken durch Krankenkassenverbände seit 1924: Eckhard Hansen u. a., Seit über einem Jahrhundert. Verschüttete Alternativen in der Sozialpolitik, Köln 1981.
 - 27 Alfons Labisch/Florian Tennstedt, Prävention und Prophylaxe als Handlungsfelder der Gesundheitspolitik in der Frühgeschichte der Bundesrepublik Deutschland, in: Thomas Elkeles u. a. (Hrsg.), Prävention und Prophylaxe. Theorie und Praxis eines gesundheitspolitischen Grundmotivs in zwei deutschen Staaten 1949–1990, Berlin 1991, S. 129–158, hier S. 131. – Lohnend dürfte auch ein Vergleich mit der nationalsozialistischen Gesundheitspolitik sein. Neben fundamentalen Unterschieden, die im Rassismus und Biologismus des Nationalsozialismus wurzeln, fallen Ähnlichkeiten auf, so der Wechsel von kurativer zu präventiver Behandlungsform, die Vorstellung einer „Pflicht, gesund zu sein“, der Ende 1942 eingeleitete flächendeckende Aufbau eines Betriebsarztsystems usw. Im Jahr 1944 praktizierte jeder vierte der Zivilbevölkerung zur Verfügung stehende Arzt haupt- oder nebenamtlich als Betriebsarzt. Diesen Hinweis verdanke ich Winfried Süß, der eine Dissertation über die NS-Gesundheitspolitik 1939–1945 vorbereitet.
 - 28 Vgl. hierzu den Beitrag von Christoph Kleßmann in diesem Band.
 - 29 Auch für die Geschichte der Kirchen. So befanden sich durchgängig etwa 7 bis 8 Prozent der Krankenhausbetten in Häusern mit konfessioneller Eigentumsform.
 - 30 Im Dienst am Menschen, S. 29.
 - 31 E. Schewe meint in einer Besprechung von Übersichten zur Betreuungssituation älterer Bürger in der DDR, die Art der statistischen Grundlagen könne „unter Datenschutzgesichtspunkten das Grausen lehren“, in: Sozialer Fortschritt 40 (1991), S. 78.
 - 32 Vgl. Sozialpolitik, hrsg. v. Günter Manz/Gunnar Winkler, 2. Aufl., Berlin (Ost) 1988, S. 238 f. sowie generell Gerhard Tietze/Gunnar Winkler (Hrsg.), Sozialpolitik im Betrieb. Soziale Erfordernisse des wissenschaftlich-technischen Fortschritts, Berlin (Ost) 1988.

- 33 Michael Arnold/Berndt Schirmer, *Gesundheit für ein Deutschland*, Köln 1990, S. 97.
- 34 Selbständig waren auch die medizinischen Dienste der „bewaffneten Organe“ (NVA, Volkspolizei, MfS). Der Sportmedizinische Dienst für den aus politisch-propagandistischen Gründen forcierten Leistungssport darf als überdimensioniert gelten.
- 35 Krankenhausärzte hatten Listen mit „wichtigen Patienten“, die – wie z. B. Handwerker bei der Instandhaltung – nützlich sein konnten. Anscheinend gab es auch „Valutabetten“ für Westgeldzahler.
- 36 Horst Huyoff, Gesundheitsschutz in der Arbeitsumwelt der Deutschen Demokratischen Republik, in: Elkeles, S. 227–239; Arnold/Schirmer, S. 98. Dies hat wahrscheinlich dazu beigetragen, daß Ende der achtziger Jahre nach Schätzungen von Arbeitsmedizinern 20 bis 40 Prozent des Krankenstandes arbeitsbedingt waren. Vgl. Sozialreport 1990. Daten und Fakten zur sozialen Lage der DDR. Dokumentation eines Workshops am Wissenschaftszentrum Berlin, Berlin 1990, S. 20 (= Arbeitspapier P 90–102 des WZB). Zur Unterscheidung vom Sozialreport '90 wird diese Dokumentation im folgenden als Sozialreport 1990 (WZB) zitiert.
- 37 Wenn auch nicht für alle Altersgruppen. So ergab sich für 65jährige Männer 1988 ein Gleichstand mit 1952. Vgl. Gerd E. Wiesner, *Zur Gesundheitslage der Bevölkerung in den neuen Bundesländern*, München 1991, S. 8 f.
- 38 Wiesner, *Gesundheitslage*, S. 5.
- 39 Andreas Mielck, Mortalität und Lebenserwartung: Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland, in: *Sozialer Fortschritt* 40 (1991), S. 220–223; Reiner Hans Dinkel, Kohortensterbetafeln für die Geburtsjahrgänge ab 1900 bis 1962 in den beiden Teilen Deutschlands, in: *Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft* 18 (1992), S. 95–116.
- 40 Die Gesamtheit der Arbeitsbedingungen im Gesundheitswesen, das auch zu den geringer entlohnten Beschäftigungsbereichen zählte, entwickelte sich so unbefriedigend, daß die relativ meisten Übersiedler im Massenexodus 1989 aus diesem Bereich kamen. Vgl. Sozialreport '90. Daten und Fakten zur sozialen Lage in der DDR, hrsg. v. Gunnar Winkler, Berlin 1990, S. 200.
- 41 Vgl. z. B. die Beschreibungen und Bewertungen in: Sachverständigenrat für die Konzentrierte Aktion im Gesundheitswesen, *Das Gesundheitswesen im vereinten Deutschland*, Baden-Baden 1991, S. 102–151, sowie die Kritik bei Claus Offe, *Die politischen Kosten der Vereinheitlichung des Gesundheitssystems*, in: Winfried Schmähl (Hrsg.), *Sozialpolitik im Prozeß der deutschen Vereinigung*, Frankfurt/M.–New York 1992, S. 59–90.
- 42 In die gleiche Richtung wirkten Arbeitsplatzsicherheit, der Ausbau der Mutterschafts- und Familienleistungen sowie Preissubventionen. Größere Bedeutung behielt die öffentliche Fürsorge im Hinblick auf einmalige Beihilfen.
- 43 Der Umweg über die Preis-Subventionierung führte zu volkswirtschaftlich nachteiligen, auch SED-intern zunehmend kritisierten Primär- und Sekundäreffekten. Hinzu kamen sozialpolitisch unerwünschte Nebenfolgen, denn die Finanzierung der Subventionen über hohe Preisaufschläge bei Konsumgütern anderer Art, z. B. Importerzeugnissen, technischen Konsumgütern, zunehmend auch bei modernen Textilerzeugnissen, schloß die Empfänger niedriger Sozialeinkommen vom gehobenen Konsum nahezu aus. Vgl. Günter Kusch u. a., *Schlußbilanz – DDR. Fazit einer verfehlten Wirtschafts- und Sozialpolitik*, Berlin 1991; Günter Manz, *Armut in der „DDR“-Bevölkerung. Lebensstandard und Konsumtionsniveau vor und nach der Wende*, Augsburg 1992, S. 18–32.

- 44 Vgl. § 236 der 1978 in Kraft getretenen Fassung des Arbeitsgesetzbuches. Dieser Paragraph läßt Rückfragen an die Chance der Rentner zu, auf andere Weise als über solche naturalwirtschaftliche Beziehungen an die Dienste z. B. von Klempnern und Tapezieren heranzukommen. Ebenso spiegelt der Paragraph den mit dem sehr niedrigen Mietpreisniveau verbundenen Substanzverfall von Altbauten; darin wohnten vergleichsweise häufig Rentner, denn bei der Vergabe von Neubauwohnungen wurden andere Bevölkerungskategorien bevorzugt.
- 45 In Höhe von 10 Prozent, zuzüglich eines betrieblichen Beitragsanteils von weiteren 10 Prozent. Faktisch bedeutete die FZR für den, der sich ihr anschloß, die Aufhebung der Beitragsbemessungsgrenze. Das wirkte sich vor allem auf die Rentenanwartschaft aus, in geringerem Maße auch auf das Krankengeld. Dieses belief sich für die Dauer von 6 Wochen einheitlich auf 90 Prozent des Arbeitseinkommens; die ab der 7. Woche einsetzende differenzierte Regelung begünstigte FZR-Angehörige. Vgl. im einzelnen Püschel, S. 17 ff.
- 46 Die Durchschnittsrenten aus der FZR lagen 1989 für Männer bei 106 Mark, für Frauen bei 36 Mark. Vgl. Winfried Schmähl, Alterssicherung in der DDR und ihre Umgestaltung im Zuge des deutschen Einigungsprozesses, in: Gerhard Kleinhenz (Hrsg.), Sozialpolitik im vereinten Deutschland I, Berlin 1991, S. 49–95, hier S. 70.
- 47 Mitte der siebziger Jahre machten die FZR-Beiträge schon fast 10 Prozent der Einnahmen der Sozialversicherung aus, im Verlauf der achtziger stieg der Anteil auf etwa 20 Prozent.
- 48 Das begann im September 1949, als ein nicht veröffentlichter Politbüro-Beschluß eine „Personalspension“ für verdiente einzelne Persönlichkeiten einführte.
- 49 Für Angehörige der Nationalen Volksarmee, der Zollverwaltung, des Ministeriums des Innern (für Bedienstete der Deutschen Volkspolizei, des Strafvollzugs und der Feuerwehr) sowie des Ministeriums für Staatsicherheit.
- 50 Die gelegentlich zitierte Zahl von 63 Zusatzsystemen ergibt sich, wenn Sammelbezeichnungen, wie z. B. Zusatzversorgung für hauptamtliche Mitglieder gesellschaftlicher Organisationen, im einzelnen aufgefächert werden. Vgl. Axel Reimann, Überprüfung der Zusatz- und Sonderversorgungssysteme der ehemaligen DDR in die gesetzliche Rentenversicherung, in: Die Angestelltenversicherung 38 (1991), S. 281–295; Henner Wolter, Zusatzversorgungssysteme der Intelligenz. Verfassungsrechtliche Probleme der Rentenüberleitung in den neuen Bundesländern, Baden-Baden 1992.
- 51 Manfred G. Schmidt, Sozialpolitik. Historische Entwicklung und internationaler Vergleich, Opladen 1988, S. 176.
- 52 Hierzu ist die 1959 eingeführte Zusatzversorgung für freipraktizierende Ärzte und Zahnärzte zu zählen.
- 53 Manfred Lötsch, Der Sozialismus – eine Stände- oder eine Klassengesellschaft?, in: Hans Joas/Martin Kohli (Hrsg.), Der Zusammenbruch der DDR. Soziologische Analysen, Frankfurt/M. 1993, S. 115–124; Frank Adler, Einige Grundzüge der Sozialstruktur der DDR, in: Lebenslagen im Wandel, hrsg. v. der Projektgruppe „Das Sozio-ökonomische Panel“, Frankfurt/M.–New York, S. 152–177; Helga Stephan/Eberhard Wiedemann, Lohnstruktur und Lohndifferenzierung in der DDR. Ergebnisse der Lohndatenerfassung vom September 1988, in: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 23 (1990), S. 550–562.
- 54 Vgl. Ernst Bienert, Die Altersversorgung der Intelligenz in der DDR – Betrachtungen

- zur Entstehung und Abwicklung von Ansprüchen und Anwartschaften, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 38 (1993), S. 349–361.
- 55 Soziale Ungleichheit und Klassenstrukturen in der Bundesrepublik Deutschland, in: ders., *Interessen, Ideen und Institutionen*, Opladen 1990, S. 117–152 (Erstdruck 1979).
- 56 Adler, *Sozialstruktur*, S. 167; vgl. auch Manz, *Armut* S. 86–88.
- 57 Wilhelm Hinrichs, *Wohnungsversorgung in der ehemaligen DDR. Verteilungskriterien und Zugangswege*, Berlin 1992 (= *Arbeitspapier P 92–105 des WZB*); *Sozialreport '90*, S. 344.
- 58 Vgl. Schmähl, *Alterssicherung*, S. 65–67; generell auch Adelheid Kuhlmeier-Oehlert, *Das Alter ist weiblich. Zur Situation älterer und alter Frauen in der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik*, in: Claudia Gather u. a. (Hrsg.), *Frauen-Alterssicherung. Lebensläufe von Frauen und ihre Benachteiligung im Alter*, Berlin 1991, S. 246–257.
- 59 Hans-Joachim von Kondratowitz, *Zumindest organisatorisch erfaßt ... Die Älteren in der DDR zwischen Veteranenpathos und Geborgenheitsbeschwörung*, in: Gert-Joachim Glaeßner (Hrsg.), *Die DDR in der Ära Honecker. Politik – Kultur – Gesellschaft*, Köln 1988, S. 514–528, hier S. 521.
- 60 *Sozialreport '90*, S. 224, 267.
- 61 Vgl. Rosemarie Sackmann/Stefan Leibfried, *Soziale Dienste für alte Menschen. Kommunale Sozialpolitik im Transformationsprozeß*, in: Schmähl (Hrsg.), *Sozialpolitik*, S. 133–165.
- 62 *Übersichten zur Betreuungssituation älterer Bürger in der DDR*, hrsg. v. Doris Bardehle, Berlin 1990, S. 71.
- 63 Helga Michalsky, *Soziale Sicherheit ist nicht genug! Konzeption und Leistungen der sozialistischen Sozialpolitik*, in: Glaeßner (Hrsg.), *Die DDR*, S. 402–421, hier S. 418. Die Regelarbeitszeit verharrete seit 1967 bei 43 3/4 Wochenstunden. Vgl. im einzelnen Karsten Schuldt, *Arbeitszeiten in der DDR. Ausgangsstand und Tendenzen im Zuge deutscher Entwicklungen*, in: *WSI-Mitteilungen* 43 (1990), S. 303–308.
- 64 Vgl. Birgit Geissler, *Sozialpolitik für die Frau in der früheren DDR*, in: *Zeitschrift für Sozialreform* 37 (1991), S. 176–185.
- 65 Peter Hübner, *Balance des Ungleichgewichtes. Zum Verhältnis von Arbeiterinteressen und SED-Herrschaft*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 19 (1993), S. 14–28, hier S. 25. – Bei Kerstin Bast, Ilona Ostner, *Ehe und Familie in der Sozialpolitik der DDR und BRD – ein Vergleich*, in: Schmähl (Hrsg.), *Sozialpolitik*, S. 228–270, heißt es, unter den älteren DDR-Bürgern habe das geflügelte Wort die Runde gemacht: „Den Jungen wird Zucker in den Hintern geblasen“ (S. 239).
- 66 Lutz Niethammer, *Annäherung an den Wandel. Auf der Suche nach der volkseigenen Erfahrung in der Industrieprovinz der DDR*, in: Alf Lütke (Hrsg.), *Alltagsgeschichte. Zur Rekonstruktion historischer Erfahrungen und Lebensweisen*, Frankfurt/M.–New York 1989, S. 238–345, hier S. 328.
- 67 Gunnar Winkler, *Sozialunion – Sozialpolitik*, in: *WSI-Mitteilungen* 43 (1990), S. 528–535, hier S. 533.
- 68 Anteil der ständig Berufstätigen im arbeitsfähigen Alter, einschließlich der Lehrlinge und Studenten, an der weiblichen Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter. Vgl. *Art. Frauenbeschäftigungsgrad*, in: Gunnar Winkler (Hrsg.), *Lexikon der Sozialpolitik*, Berlin (Ost) 1987, S. 166.

- 69 Vgl. im einzelnen Hartmut Wendt, Geburtenhäufigkeit in beiden deutschen Staaten zwischen Konvergenz und Divergenz, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 17 (1991), S. 251–280.
- 70 Die Häufigkeit der registrierten Abtreibungen verdreifachte sich nach dem Gesetz von 1972, wobei unklar ist, inwieweit der Legalisierungseffekt Verschiebungen aus dem Bereich der Dunkelziffer bewirkte. Vgl. Wiesner, Gesundheitslage, S. 50 f.
- 71 Beim ZK der SED ressortierte der Bereich „Familie“ stets im Komplex „Frauen“; dies war wohl mitursächlich dafür, daß die Familienpolitik der DDR sich auf die Frau konzentrierte und die Familie nicht eigentlich als Schnittpunkt verschiedener gesellschaftlicher Lebens- und Problembereiche betrachtete. Vgl. Sozialreport 1990 (WZB), S. 35.
- 72 Der Rat war aus Vertretern der wichtigsten Forschungseinrichtungen sowie Praxispartnern der Akademien, Hochschulen und Universitäten zusammengesetzt.
- 73 Vgl. Sozialpolitik und Demographie. Konstituierende Tagung des Wissenschaftlichen Rates für Fragen der Sozialpolitik und Demographie am 22. Februar 1974. Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR Jg. 1974, Nr. 2, Berlin 1974, S. 10, 13, 19, 21.
- 74 Vgl. neben den in Anm. 8 genannten Titeln z. B. Frauenreport '90, S. 145–152 oder die vergleichende Gegenüberstellung der west- und der ostdeutschen Rechtslage bei Heinz Lampert, Familienpolitik in Deutschland, in: Kleinhenz, Sozialpolitik, S. 115–139.
- 75 Bei dem monatlichen Hausarbeitstag, der in der Besatzungszeit eingeführt und trotz langer Phasen der Kritik arbeitsrechtlich beibehalten worden ist, handelt es sich um die modifizierende Wiederaufnahme eines Elements der nationalsozialistischen Kriegswirtschaft; hinter deren soziale Standards wollte die DDR nicht zurückfallen.
- 76 Das betont treffend Lutz Niethammer, Das Volk der DDR und die Revolution, in: Charles Schüddekopf (Hrsg.), „Wir sind das Volk“. Flugschriften, Aufrufe und Texte einer deutschen Revolution, Reinbek 1990, S. 251–279, hier S. 256. – Zum Vergleich: In der Bundesrepublik entfielen 1991 rund 25 Prozent des gesamten Rentenvolumens auf ca. 4,2 Millionen Witwenrenten, in der früheren DDR betrug dieser Anteil nur 6 Prozent. Vgl. Michael Schmidt, Das System der Rentenversicherung in der ehemaligen DDR, in: Arbeit und Sozialpolitik 45 (1991), Heft 5/6, S. 14–20.
- 77 Indikatorenbildung und Beleg wie Anm. 68.
- 78 Sozialreport '90, S. 78. Zu beachten ist auch, daß die Teilzeitquote in der DDR relativ niedrig war und seit Mitte der siebziger Jahre gesunken ist.
- 79 Hierzu und zum folgenden vgl. Wendt, Geburtenhäufigkeit, sowie Jürgen Dorbritz, Sozialpolitik in der DDR und ihre Widerspiegelung in der Reproduktion der Bevölkerung, in: Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik 1987, Berlin (Ost) 1987, S. 192–213.
- 80 Bezogen auf die Geburt des ersten Kindes war der Anstieg besonders steil: 1970 waren 13,7 Prozent, 1989 hingegen 52,7 Prozent der Mütter bei der Erstgeburt nicht verheiratet. Vgl. Frauenreport '90, S. 29. Die Quote der Abtreibungen zeigte jedoch von 1973 bis 1989 eine im ganzen leicht rückläufige Tendenz. Vgl. Wiesner, Gesundheitslage, S. 50.
- 81 Vgl. Dagmar Meyer, Ehescheidung in der ehemaligen DDR, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 17 (1991), S. 33–47.
- 82 Der Blick auf die großen Trends verdeckt kleinere Verschiebungen von möglicherweise symptomatischer Bedeutung. Seit Mitte der achtziger Jahre sanken die Mütterraten etwas, im Verlauf der achtziger Jahre stieg das Durchschnittsalter der Mütter bei der ersten Geburt merklich, und der Scheidungstrend wurde ab 1987 leicht rückläufig.

- 83 Entsprechende Beobachtungen u. a. bei Hans-Joachim Maaz, *Der Gefühlsstau. Ein Psychogramm der DDR*, Berlin 1990.
- 84 Sozialreport 1990 (WZB), S. 35 f.
- 85 Vgl. Adler, *Grundzüge*, S. 167–172; Elke Holst/Eckhard Priller, *Zeitverwendung in der DDR am Vorabend der Marktwirtschaft*, in: *Lebenslagen im Wandel*, S. 327–259; Winfried Thaa u. a., *Gesellschaftliche Differenzierung und Legitimitätsverfall des DDR-Sozialismus*, Tübingen 1992, S. 76–80.
- 86 So wurde Invaliditätsrente erst gewährt, wenn die Erwerbsfähigkeit um zwei Drittel gemindert war. Wer krank geschrieben wurde, erhielt keine Lohnfortzahlung, sondern in den ersten sechs Wochen ein um 10 Prozent niedrigeres Krankengeld.
- 87 Auch hier ließe sich vieles ergänzen. So erfolgte die Delegation zum Studium zum Teil über den Betrieb, was in Anbetracht relativ eng begrenzter Zugangschancen zum Hochschulstudium sehr bedeutsam sein konnte.
- 88 Hierzu näher Hockerts, *Soziale Errungenschaften?* (Anm. 7)
- 89 Hingegen ließe sich kaum argumentieren, die Sozialleistungsquote sei im ganzen zu hoch gewesen. Zum internationalen Vergleich vgl. Ritter, *Sozialstaat*, S. 202–207.
- 90 Die Flexibilität zum Übergang von der aufwendigeren und in mehr als einer Hinsicht dysfunktionalen produktgebundenen Subvention zu der zielgenaueren personenbezogenen Subvention (z. B. Rentenerhöhung) besaß der SED-Staat nicht, obgleich parteiintern mehrfach in diese Richtung gedrängt wurde.
- 91 Lötsch, *Sozialismus*, S. 121. Hieraus (S. 122) auch die folgenden Zitate.
- 92 Zur parteiinternen sozialwissenschaftlichen Diskussion über diese Perspektive vgl. Ingrid Lötsch/Manfred Lötsch, *Soziale Strukturen und Triebkräfte: Versuch einer Zwischenbilanz und Weiterführung der Diskussion*, in: *Jahrbuch für Soziologie und Sozialpolitik* 1985, Berlin (Ost) 1985, S. 159–198.
- 93 Z. B. durch Einführung eines Überbrückungsgelds für Beschäftigte, die bei inner- oder zwischenbetrieblicher Umsetzung ihren bisherigen Durchschnittslohn über längere Zeit nicht mehr erreichten.

Abkürzungsverzeichnis

ABI	Arbeiter- und Bauern-Inspektion
AdW der DDR	Akademie der Wissenschaften der DDR
AGL	Abteilungsgewerkschaftsleitung
AKG	Archiv für Kulturgeschichte
ALR	(Preußisches) Allgemeines Landrecht
APZ	Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“
BA	Bundesarchiv, Abteilungen Potsdam
BAP	Bundesarchiv, Abteilung Potsdam
BDM	Bund Deutscher Mädchen
BEK	Bund Evangelischer Kirchen (in der DDR)
BG	Bezirksgericht
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGL	Betriebsgewerkschaftsleitung
BHG	Bäuerliche Handelsgenossenschaft
BLHA/BLP	Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Potsdam
BMFJ	Bundesministerium für Frauen und Jugend
BPO	Betriebsparteiorganisation
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BV	Bezirksverwaltung
BzG	Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung
DA	Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinigte Deutschland
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DFD	Demokratischer Frauenbund Deutschlands
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DP	Displaced Person
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
DZfPh	Deutsche Zeitschrift für Philosophie
EKD	Evangelische Kirche in Deutschland
EKU	Evangelische Kirche der Union
EV	Ermittlungsverfahren
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FGB	Familiengesetzbuch
FIM	Inoffizieller Mitarbeiter zur Führung anderer IM
Fvh	Frau von heute (Frauenzeitschrift)

FZR	Freiwillige Zusatzrentenversicherung
Gbl.	Gesetzblatt
GBL. DDR	Gesetzblatt der DDR
Gen.	Genosse
Gewi	Gesellschaftswissenschaften
GG	Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit
GO	Grundorganisation
GSR	Gesellschafts- und sprachwissenschaftliche Reihe
HA	Hauptabteilung
HIM	Hauptamtlicher Inoffizieller Mitarbeiter
HJ	Hitlerjugend
HVA	Hauptverwaltung Aufklärung
IG	Industriegewerkschaft
IGW	Institut für Gesellschaft und Wissenschaft (Erlangen)
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IMB	Inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindung bzw. zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindsätigkeit stehender Personen
IME	Inoffizieller Mitarbeiter für einen besonderen Einsatz
IMK	Inoffizieller Mitarbeiter zur Sicherung der Konspiration und des Verbindungswesens
IMS	Inoffizieller Mitarbeiter für Sicherheit
JHS	Juristische Hochschule
Jur.	Rechtswissenschaften
KD	Kreisdienststelle
KdT	Kammer der Technik
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPTsch	Kommunistische Partei der Tschechoslowakei
KritV	Kritische Vierteljahresschrift (Zeitschrift)
KSČ	Komunistická Strana Československa
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
LDP	Liberal-Demokratische Partei
LDPD	Liberal-demokratische Partei Deutschlands
LKV	Länder- und Kommunalverwaltung (Zeitschrift)
LN	Landwirtschaftliche Nutzfläche
LPG	Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaft
LTI	Lingua Tertii Imperii
MAS	Maschinen-Ausleih-Stationen
MdI	Ministerium des Innern

Abkürzungsverzeichnis

MfS	Ministerium für Staatssicherheit
MHF	Ministerium für Hoch- und Fachschulwesen
ML	Marxismus-Leninismus
MLF	Ministerium für Land- und Forstwirtschaft
MLHA	Mecklenburgisches Landeshauptarchiv, Schwerin
ND	Neues Deutschland (Tageszeitung und Zentralorgan der SED)
NDPD	National-Demokratische Partei Deutschlands
NJ	Neue Justiz (Zeitschrift)
NKFD	Nationalkomitee Freies Deutschland
NÖS	Neues Ökonomisches System
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
NVA	Nationale Volksarmee
Oibe	Offizier im besonderen Einsatz
OPK	Operative Personenkontrolle
OV	Operativer Vorgang
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
RGW	Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe
SA	Sturmabteilung
SächsVBl	Sächsische Verwaltungsblätter (Zeitschrift)
SAMF	Sozialwissenschaftliche Arbeitsmarktforschung
SAPMOB	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SDP	Sozialdemokratische Partei (in der DDR)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SHF	Staatssekretariat für Hoch- und Fachschulwesen
SKK	Sowjetische Kontrollkommission
SMA/SMAD	Sowjetische Militäradministration in Deutschland
SPK	Staatliche Plankommission
Stasi	Staatssicherheit(sdienst)
StGB	Strafgesetzbuch
StJB	Statistisches Jahrbuch der DDR
SU	Sowjetunion
TH	Technische Hochschule
TOP	Tagesordnungspunkt
VA	Verwaltungsarchiv
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VEB	Volkseigener Betrieb
VEG	Volkseigenes Gut
VELKD	Vereinigte Evangelisch-Lutherische Kirche in Deutschland
Verf.	Verfassung

VfZ	Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte
VHS	Volkshochschule
VO	Verordnung
VSGW	Vierteljahrschrift für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte
VVB	Vereinigung Volkseigener Betriebe
VVMAS	Vereinigung volkseigener Maschinen-Ausleih-Stationen
wib	woche im bundestag (Zeitschrift)
Wiwi	Wirtschaftswissenschaften
WTR	Wissenschaftlich-technische Revolution
WZ	Wissenschaftliche Zeitschrift
WZB	Wissenschaftszentrum Berlin
ZA	Zentralarchiv
ZAA	Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie
ZAIG	Zentrale Auswertungs- und Informationsgruppe
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZiF	Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung
ZIJ	Zentralinstitut für Jugendforschung
ZK	Zentralkomitee
ZPA	Zentrales Parteiarchiv der SED
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik

Register

- Abschiebung 438
Abwanderung 99 f., 128, 131, 135 ff.,
438 ff.
s. a. Migration, Ausreise
„Abwicklung“ 478
Agitation 350
Akademie der Wissenschaften 231, 233, 576
Aktivisten s. Auszeichnungen, Hennecke
Alltag 120, 434, 438, 444, 450 ff.
Altersversorgung 528–531
s. a. Renten, Sozialversicherung
Angestellte 522 f.
Anpassung
– und Kirche 285, 304
Antifaschismus 418 f., 451, 503
Arbeit 131, 189 ff.
– als Vergesellschaftungskern 38–48
– und DDR-Bindung 452–455
Arbeiter 202 ff., 171–182, 568 f.
– Bildung 260 f.
– -anteil an Erwerbstätigen 173
– -anteil an Industriebeschäftigten 175
– Interessenwahrnehmung 180
– und Kirche 281
s. a. Industriearbeiter, Frauen, Betrieb,
Brigade, Lohn
Arbeiterklasse 104, 171 f., 175, 446
Arbeitermilieu 180, 568
Arbeiter- und Bauern-Fakultäten 217, 259,
450
Arbeiter- und Bauern-Kader 223 f., 259
– Studenten 333
s. a. Hochschullehrer
Arbeitsbrigade s. Brigade
„Arbeitsgesellschaft“ 38 f., 44, 46
Arbeitskollektiv 427
Arbeitskräftemangel 128, 131
Arbeitskräfteplanung 176
Arbeitslosigkeit 434, 521 f.
Arbeitsmoral 191 ff., 201, 452 ff.
Arbeitsniederlegung 156 f., 200, 571
Arbeitsnormen s. Normen
Arbeitsorganisation 160, 197 ff.
Arbeitsplatz
– und Recht 480
Arbeitsproduktivität 21, 23
Arbeitszufriedenheit 164
Ärzte 252–260, 254–260, 365, 523–527
Ausbeutung 473
Aufbaugeneration
s. Generationen, Kriegsverluste, FDJ
Ausdifferenzierung 478
Ausreise 426 ff., 437 ff., 556
Aus- und Weiterbildung 151, 237 ff.,
331 ff.
Auszeichnungen 145 f., 343 ff., 453
s. a. Prämien, Kader
Babelsberger Konferenz 476 f., 489
Bauern 119 ff.
– Bildung 257 f.
– in Preußen 454
– Kleinbauern 122, 129, 131 ff.
– Großbauern 129 ff.
s. a. ländliche Gesellschaft, Landwirt-
schaft, Neubauern
Beater, Bruno 471
Becher, Johannes R. 431
Behrens, Friedrich 235
Benjamin, Hilde 385, 395, 481
Berlin (Ost) 428
– als Hauptstadt 577
– Demonstrationen 429 f.
– Ständige Vertretung 426
Berufskonstruktion 219 f.
Beschäftigung s. Erwerbstätigkeit
Besier, Gerhard 303
Besitzklassen 51
Bestattungen s. Kirchlichkeit
Betrieb 39, 144–164, 522 f., 533 ff., 558
– und Gesellschaft 563
– politische Arbeit 427
– und Wende 435, 446
– Gesundheitswesen 526 f.
s. a. Brigaden, Kader, Lohn
Betriebsgewerkschaft 198
Betriebsverfassung 154–158
Beyer, Hans 235
Biermann, Wolf 109, 438
Bildung 404–422

- und Kirche 277, 287
- s. a. Erziehung, Schulen, Arbeiter
- Bildungsbürgertum 221 f., 254–265, 300, 550
- s. a. Hochschullehrer, Ärzte, Pfarrer
- Bildungspolitik 259
- s. a. Arbeiter- und Bauernkader, Frauen, Hochschullehrer, Kader
- Blockparteien 121, 345 ff.
- Bodenfonds 122
- Bodenreform 119 ff., 450, 554
- Böhlener Plattform 432
- Böhme, Hans-Joachim 232
- Bonhoeffer, Dietrich 306, 309
- Botschaftsflüchtlinge 426, 428, 441
- Bourdieu, Pierre 178
- Brandenburg
 - Landwirtschaft 122–129
 - Kirche 284
 - Landesverfassung 485
- Brigade 144–164, 203 f., 350
- s. a. Meister, Wettbewerb, Betrieb, Sozialleistungen
- Brigadier 149, 155
- Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) 295 ff.
- Bundesrepublik, alte 275, 279 f., 562 ff.
- Bürgerbewegung s. Wende, Revolution, Demonstrationen
- Bürgerliches Gesetzbuch, BGB 469, 475
- Bürgertum 255, 266, 300, 525 f., 566 ff.
- Bürokratie 25 f., 39

- Charta von Paris (November 1990) 430
- Christenlehre s. Kirchlichkeit
- Czok, Karl 234 f.

- DDR-Bindung 447 ff.
- s. a. Loyalität
- DDR-Frauen 359 ff.
- s. a. Frauen
- DDR-Hymne 431, 555
- DDR-Identität 62
- „DDR-Verbesserer“ 430 f., 445, 454
- Demokratischer Frauenbund Deutschlands DFD 386, 388
- Demonstrationen 287, 408 f., 429 f., 432, 557, 577
- Demontagen 554
- Deprofessionalisierung s. Hochschullehrer

- Dequalifizierung s. Hochschullehrer
- Deutsch, Karl 74
- Deutsche Arbeitsfront DAF 190
- Deutscher Sonderweg 114 f.
- Deutsche Verwaltung des Innern 128
- Deutsche Verwaltung für Land- und Forstwirtschaft 125
- Deutsche Volkspolizei 429, 500 f., 509
- Deutsche Wirtschaftskommission DWK 124 f., 130, 133, 499
- Dialektik 474
- Dienstklasse 175 f.
- Differenzierung
 - funktionale 33 f., 44, 54, 349
 - soziale 33, 44 f.
 - individuelle 45, 48
 - rechtliche 548
- Diktatur, moderne 96, 498, 547
- Dispensaireprinzip s. Gesundheitswesen
- Donnert, Erich 234
- Dörfer 127 f.
- Dresden
 - Demonstrationen 287
 - Kreuzschule 261
 - Fluchtbewegung 429
- Dritte Hochschulreform 221, 229, 231, 239
- Dzierżyński, Feliks E. 501

- Ehekredite 391
- Ehe- und Scheidungsrecht 386
- Eigentumsverhältnisse 131, 471, 473
- Eingaben, Beschwerden 492
- Einkommen 340 f.
- Einzelleitung 25, 334
- Einzelverträge 341
- Elbe (historische Grenze) 574
- Eliten 26 f., 104, 346 ff., 445, 507
- s. a. Kader, Intelligenz
- Emanzipation s. Gleichberechtigung
- Engelberg, Ernst 234 f.
- Entbürgerlichung 220
- s. a. Hochschullehrer
- Entdifferenzierung 39, 427, 442, 478, 549 f.
- Enteignung 120 ff., 326, 450, 473
- Entkirchlichung 273 f., 285
- s. a. Säkularisierung
- Entnazifizierung 222, 226 f., 258, 263, 266, 442, 448
- Entsubjektivierung 35, 37, 49
- „Erfahrung“, kollektive 79

Register

- Erwerbsklassen 51
Erwerbsquote 39, 41, 173
– Frauen 389
Erwerbstätigkeit s. Arbeiter, Frauen,
Intelligenz, Rentner, Angestellte, Kader,
Betrieb
Erziehung 404–422, 473
Erziehungsdiktatur 404–422
Evakuierte 128 ff.
evangelische Kirche 271 ff., 566, 575
– Kirchnaustritte 275 ff.
– und Gesellschaft 566 f.
s. a. Religion, Kirchllichkeit
Evangelische Kirche in Deutschland EKD
295 ff.
- Facharbeiter 177, 179
Fachschulen 331 ff.
Familie 387 ff., 397, 532 ff., 549, 551, 563
– und Kirche 282 f.
– und Recht 387 f., 480
– und Gesellschaft 563 ff., 574
– und Generationen 575
FDJ, Freie Deutsche Jugend 105
– und Theologie 264
– und Aufbaugeneration 366, 449 f.
– und politische Erziehung 406 f.
Fehler s. Selbstkritik
Fernsehen 406 f., 432
Finalkrise s. Staatskrise
Finanzgerichtsbarkeit 486
Flucht 426 ff., 434, 438 ff., 488
– Zahlen 259, 438 ff.
– von Jugendlichen 412 f.
Fluchtbewegung 254, 437, 442 ff., 556
Flüchtlinge 99, 426 ff., 437, 439 f.
Fluktuation s. Mobilität
Föderationspläne 431
Frauen 102 f., 180 f., 359–379, 435, 454,
532 ff., 557
– Erwerbstätigkeit 103, 173 f., 367 ff.,
389, 454, 534, 564
– Erwerbsquote 174, 563
– in der Industrie 173 f.
– und Kirche 277, 282
– in der Landwirtschaft 124, 127 f., 134
– Klischees 361 ff.
– Renten 530
s. a. Mütter, Kinderbetreuung, Gleich-
berechtigung
Frauenausschüsse 386
Frauenbewegung 390, 393, 397
Frauenbrigaden 148
Frauenförderung 389, 394
Frauenfrage 383–400
Frauenkonferenzen, interzonale 386
Frauenliteratur 399 f.
Frauenpolitik 384 ff.
Frauenüberschuß 100, 102 f., 361, 554
Frauenzeitschriften 361 ff.
Freier Deutscher Gewerkschaftsbund,
FDGB 144 ff., 155, 331, 521
Freiheit 479, 483 ff., 493
Freikäufe politischer Häftlinge 298, 440,
443
Freiwillige Zusatzrentenversicherung FZR
528 f.
Freiwilligkeit s. Brigaden
Fremdarbeiter 119
Friedensbewegung 111, 437
Friedensdekade 296
Friedensgebete 454 f.
Friedensgruppen 111, 285, 288
Friedrich, Walter 413, 419
Fristenregelung 390
Fruck, Hans 503
Fünfjahrplan 134
Funktionseliten 178
Fürsorge, öffentliche 528
s. a. Sozialversicherung, Renten, Alters-
versorgung
- Gaida, Wilhelm 503
„Gebildete Nation“ 261, 269
Geburtenziffern 532 ff.
Geburtsjahrgänge 448 ff.
s. a. Generationen
Gegenprivilegierung 218
s. a. Hochschullehrer
Geheimdienst 96
s. a. Ministerium für Staatssicherheit,
KGB, Gestapo
Geheimnisse 342 f.
Gehorsam s. Loyalität
Gemeindebodenkommissionen 123
Gemeindekommissionen 122
Generationen 54 f., 104 f., 108, 188, 225,
365 ff., 420 f., 426 ff., 447–452, 531, 551,
554 ff.
Genossenschaften 101, 133 ff., 557

- Gensicke, Thomas 175
 Gentzen, Felix Heinrich 234
 Gesetzgebung
 – Landarbeiter 130 f.
 – Familie 387 f., 480
 – Ehe und Scheidung 386
 Gesellschaft 95–115, 305, 348 f., 559 ff.
 – protestantische 565
 – Modernisierung 273
 s. a. ländliche Gesellschaft; Generationen
 Gestapo, Geheime Staatspolizei 510
 Gesundheitswesen 525–528
 Gewaltenteilung 469, 472, 485
 Gewerkschaften 26, 28, 150, 523 f.
 – IG Land und Forst 12
 s. a. Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
 Gleichberechtigung 376 ff., 383 ff., 393 ff.
 Gleichheitspostulat 340
 Gold, Franz 503
 Gorbatschow, Michail 111, 429 f., 451 f.,
 507
 Gottesdienst s. Kirchlichkeit
 Grabner, Wolf-Jürgen 280, 287, 289
 Gropp, Rugard 235
 Großer, Günther 235
 Großgrundbesitz, Enteignung 101, 120 ff.
 Grotewohl, Otto 388, 486
 Grundrechte 484–493
 Grüne Partei 433
 Gutsche, Joseph 503

 Handwerksbetriebe 443
 Hartmann-Bund 259
 Henkys, Reinhard 298
 Hennecke, Adolf 191 ff.
 „Hennecke-Aktivisten“ 191 ff.
 Hentschke, Herbert 503
 Herrschaft 548, 557 ff.
 – „Charismatische“ 37
 s. a. Parteiherrschaft, Einzelleitung,
 Kader
 Hintze, Otto 309
 Hochschulen 217–240, 331 ff., 504 ff.
 s. a. Akademie der Wissenschaften,
 Parteischulen
 Hochschullehrer 217–240, 566 f.
 – Lokalismus 232–236
 – soziale Herkunft 222
 – Forschung und Lehre 231
 – Generationswechsel 225
 – Parteizugehörigkeit 225 ff.
 – Qualifikation 228
 – Dequalifizierung 230
 Hofmann, Michael 174
 Honecker, Erich 19, 29, 110, 427, 432 f.,
 471, 490, 501, 512, 555
 Honecker, Margot 395
 Humboldt-Universität 260

 Illegalität 351 f.
 Individualisierung
 – und Kirchlichkeit 274, 281, 283, 285 f.
 – und Recht 480
 Individuum 479
 Industrie 144–164, 173 ff.
 – Modernisierung 176
 Industriearbeiter 171–206
 Industriegesellschaft 98, 562
 – im osteuropäischen Vergleich 562
 – im westeuropäischen Vergleich 562 ff.
 Industriewirtschaft 124, 128
 Informationssystem s. Kader, Ministerium
 für Staatssicherheit
 Infrastruktur 102
 Institutionen 17–30
 Intellektuelle 442, 449
 Intelligenz 109, 254 ff., 340 f., 346 ff.
 – und Kirche 279
 – und SED 255 f.
 – „bürgerliche“ 221 f., 255 f.
 – Studium 333, 340 f.
 s. a. neue Intelligenz, Kader, Eliten

 Jamin, Erich 503
 Jugend 105, 404–422, 551
 – und Kirche 277, 281 ff.
 – und Religion 285 ff.
 Jugendarbeit, kirchliche 279
 Jugendbrigaden 148, 152, 202
 Jugendkommuniqué (1963) 405, 408 f.
 Jugendweihe 159, 277
 Junge Gemeinde 277, 407
 Junge Pioniere 405, 417 f.
 Juristen 475 ff.
 Justiz 469–480
 – und Staatssicherheit 500 f., 511
 – -mißbrauch 483, 487 ff.

 Kader 223, 233, 322–354, 476 f., 567
 Kaderakten 322 ff.

Register

- Kaderpolitik 224, 322 ff.
Kaderprogramme 233, 236
 s. a. Hochschullehrer
Kalter Krieg 450, 556
Kant, Immanuel 315
katholische Kirche 271, 289, 565, 575
KGB, sowjetischer Geheimdienst 507
Kiefel, Josef 503
Kienberg, Paul 500
Kinder
 – in der Landwirtschaft 127, 131
 s. a. Kinderbetreuung, Schulen, Mütter, Familie
Kinderbetreuung 393, 395
Kindergeld 391, 531
Kirche 19, 28, 271–289, 299–302, 347, 443, 567
 – und Staat 271, 279, 285 f., 566
 – und Gesellschaft 262
 – und SMAD 263 f.
 s. a. Religion, Kirchlichkeit, evangelische Kirche, Konfessionen
Kirchenaustritte 275 f.
 s. a. Entkirchlichung, Säkularisierung
„Kirchengeschäft A“, „B“ 298
„Kirchenkampf“ 297, 304
Kirchenpolitik 295–316
Kirchentage 285
Kirchlichkeit 271–290
 – Taufen 277 f., 282 ff.
 – Bestattungen 277 f.
 – Konfirmation 277, 283
 – Abendmahl 285
 – Gottesdienste 280 ff.
 – Christenlehre 282 f., 304
 – und Jugend 277, 281 ff.
 – und Frauen 277, 279
 – und Rentner 277
 s. a. Kirchentage, Religion, Religiosität
Kirchner, Rudi 144
Klassen 483
klassenlose Gesellschaft 483
Kleidung
 – Jugendliche 410 ff.
Klischees 359 ff.
Kollektiv 323
Kollektivierung 119 ff., 136 f.
Komintern 352
Komitees der gegenseitigen Bauernhilfe 123, 126
Kommandowirtschaft 48, 551, 555
Kommunikation 158 ff., 181
 s. a. Betrieb, Brigade, Netzwerke
Kommunismus 442
Kommunistische Partei Deutschlands KPD 352, 446 f., 554
Konfessionen 272
Konflikte, innerbetriebliche 156
Konsum 204 f., 341, 444, 557
Kontrolle 106, 548, 551
 – kollektive, in Brigaden 153, 159
 – Kader 342 f.
Konvergenztheorie 472
Kossok, Manfred 234
Kötzschke, Rudolf 234 f.
Krauss, Werner 235
Kredite 112
Krenz, Egon 429 f., 432 f.
Kretzschmar, Hellmut 234 f.
Kriegsfolgenkommunismus 101
Kriegsverluste 128, 362 ff., 448 ff.
Kriegswirtschaft 174 f.
Kriminalität 480
Krisen 112 f.
Krusche, Günter 313
KSZE, Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa 443, 491
Kuba (Kurt Bartels) 454
Kuczynski, Jürgen 19
„Kulturbund“ 261
Kulturgeschichte 62–86, 569
„Kulturgesellschaft DDR“ 68–73
Kulturnation 74
Kulturprogramm 132
Kulturprotestantismus 281, 286
Künstler 262, 288

Landarbeiter 122, 126–135
ländliche Gesellschaft 119 ff.
Landwirtschaft 119–137
 s. a. Maschinen, Viehausgleich, Bauern, Neubauern
Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften LPG 120, 136 f.
Lange, Inge 532
Lebenserwartung 527 f.
Lebenslauf 34, 48–55
Lebensstile
 – und Kirche 286
Lebensweise 77

- Lebensvorstellungen, hedonistische 72
 Lehrer 405 f., 420 f.
 Leipzig
 – Theologie 264
 – Kirchenmitglieder 280, 286
 – Montagsdemonstrationen 429
 – Demonstrationen 287, 408 f., 429, 577
 – Thomaner-Schule 261
 – Universität 233 ff.
 – Gesellschaft 576 f.
 Leistungslohn s. Lohn
 Leistungsprinzip 46
 Leitung 473
 s. a. Einzelleitung
 Lenin, Wladimir Iljitsch 351, 470, 474
 Levenstein, Adolf 190
 Lohn 129 f., 154 ff., 163, 194 ff., 199,
 386 ff., 392 ff., 529 f.
 s. a. Einkommen
 Lokalismus s. Hochschullehrer
 Lötsch, Manfred 340
 Loyalität 188–206, 333, 336 ff., 342, 350
 Ludz, Peter Christian 74, 347
- Maaz, Hans Joachim 432
 Mackenroth, Gerhard 519
 Magdeburger Börde 120
 Mannheim, Karl 188, 312
 Markert, Rolf 503
 Markov, Walter 234 f.
 Martin, Walther 235
 Marx, Karl 470, 474, 479, 483, 493
 Marxismus–Leninismus
 – und Kirche 288, 351
 – Rechtstheorie 473
 – Naturwissenschaften 237
 – und Kader 323, 337 f.
 Maschinen, landwirtschaftliche 123–126,
 130–135
 Massendemonstrationen 429 f., 577 f.
 Massenflucht s. Flucht, Flüchtlinge
 Massenorganisationen 106, 337, 345 f., 353,
 386
 s. a. SED, FDJ
 Mattheuer, Wolfgang 430, 453 f.
 Mauer
 – Bau 406 f., 438, 447 ff.
 – Öffnung 430–442
 Mecklenburg
 – Landwirtschaft 120–130
 – Kirche 276, 278
 – Landesverfassung 485
 Meister 148, 154 f.
 „Menschengemeinschaft“, kulturelle 69
 Menschenrechtsgruppen 285, 288
 Menschen- und Bürgerrechte 314, 447, 493,
 571
 Meritokratie 343
 Meuschel, Sigrid 176
 Michelberger, Julius 503
 Mielke, Erich 427, 438, 445 ff., 502 f., 507
 Migration
 – selektive 99 f.
 Milieubindungen 72
 Ministerium des Inneren 426
 Ministerium für Staatssicherheit MfS, Stasi
 96, 112, 304, 331 f., 426, 428, 444, 446 f.,
 498–514
 Mitbestimmung 303, 312
 Mitschurin-Bewegung 134
 Mittag, Günter 427, 445
 Mobbing 153
 Mobilität
 – Brigaden 151
 – soziale 48, 51, 104 f., 548 f., 569
 – Lebenslauf 52
 – und Freiheit 479
 Modernisierung 549
 – kulturelle 67, 72 f.
 – und Frauenbeschäftigung 174
 – Industrie 176
 – der Gesellschaft 52, 273 f., 556
 – Rechtsbegriff 478
 – Theorien 32, 65
 Modernität 34–38
 Modrow, Hans 431
 „Monosubjekt“ 35
 Montagsdemonstrationen 429, 432, 454
 Montanindustrie 102
 Moral
 – und Recht 478 f.
 „Moralökonomie“ 38
 Mosler, Lothar 235
 Mühlpforte, Robert 499, 503
 Müller, Heiner 441, 551
 Müller, Werner 235
 Musik 261 f., 408 ff., 419 f.
 – Hausmusik 261
 – Thomaner 261

Register

- Kreuzschule Dresden 261
- Beat 408 f.
- Mütter 371 ff., 394 ff., 533 ff., 557

- „Nation“ 73–76
 - und Bildung 259, 267
- Nationalbewußtsein 76
- Nationale Volksarmee NVA 405 f., 416, 437 f.
- Nationalismus 76
- Nationalkultur 74
- Nationalsozialismus 107 f., 188 f., 195, 222, 226, 420 f., 448 ff., 482, 510
- Naturwissenschaften 238 f.
- Naumann, Konrad 421
- Neo-Traditionalismus, kommunistischer 37 f.
- Netzwerke 37 f., 50, 304
 - s. a. Kirche, Betrieb, Kader, Nischen
- Neubauern 121–128
- Neubert, Erhart 266
- „neue Intelligenz“ 217, 223, 225
- „neuer Mensch“ 81, 164
- Neues Forum 429 f., 454
- Neues Ökonomisches System der Planung und Leitung (NÖSPL) 44
- Neulehrer 217, 258, 450
- Nischen 159, 305
- Nomenklatur 26 f., 327 ff., 335
 - s. a. Kader, SED
- Normen 157, 163, 193–200
- Nowak, Kurt 267
- NSDAP 226, 475

- Oderkreise 128
- öffentliche Meinung 29
- Opposition
 - und Kirche 285, 288
 - in der SED 433
- Oral History 34, 97
- Orden s. Auszeichnungen
- Organisation, intermediäre 28
- Organisationsgesellschaft 348
- Österreich
 - Gesellschaft 559 ff.
 - Flucht der DDR-Bürger 426, 428, 437, 441

- Partei 351 ff.
- Parteien 121, 554 ff., 558
 - und Wende 454 f.
 - und Bodenreform 121 ff.
 - s. a. Blockparteien, SED
- Parteiherrschaft 188, 348
- Parteimitgliedschaft 225–228
- Parteischulen 334 ff.
- Parteitage 472
- Pate s. Brigaden
- Patriarchalismus 384, 396, 399, 549
- Perestroika 451
- Pfarrer 254 ff., 262–267, 297, 300 f., 567
- Pieck, Wilhelm 471
- Plan 197
- Plangesellschaft 348
- Planwirtschaft 473, 555
- Polen 452
 - Bürgertum 256
 - Rechtswissenschaft 478
 - Flucht der DDR-Bürger 428, 439
 - Solidarność 98, 452
- Politbüro 426 f., 430, 434
- Prag
 - Botschaftsflüchtlinge 428
- Prager Frühling 450 f.
- Prämien 161, 343
- Preissubventionen s. Subventionen
- Preußen 454, 574
- Privilegien 340 ff.
- Produktionsbrigaden s. Brigade
- Produktionskomitees 334, 350
- Professionalisierung 218 ff.
- Propaganda
 - und Kirche 273, 277
 - s. a. Agitation
- Protest
 - der Jugend 405 ff.
 - s. a. Opposition, Widerstand
- Protestantismus 285 ff., 295–316, 437, 554
- Provinzialisierung 99

- Qualifikation 151, 228–232, 548
- „Qualitätsarbeit“ 179, 200 f., 205

- Rat der Gegenseitigen Wirtschaftshilfe
 - RGW 101
- Rathmann, Lothar 234
- Rationalisierung 35
- Rationalitätskriterien 19–23
- Recht 483–493
- Rechtsgeschichte 477

- Rechtsmittel 492
 Rechtsphilosophie 477
 Rechtspolitik 469–480
 Rechtsschutz 486 ff.
 Rechtsstaat 470 ff.
 Rechtssystem 483 ff.
 Rechtslehre 469–480
 Rechtswissenschaft 469–480, 483, 488 ff.
 Redetzky, Hermann 525
 Reisen 441, 443 f.
 Religion 19, 271–290, 565
 – und Jugend 285
 – und Recht 478 f.
 Religiosität 271–290
 – außerkirchliche 288 ff.
 Renten 341 f., 570
 Rentner 528–531
 – Kirchlichkeit 277
 – Generationen 453
 – erwerbstätige 41, 45
 Repression 110, 550 ff.
 – und Kirche 271, 277, 279, 288
 – und SED 501
 Reprivatisierung 435
 Revisionismus 476
 Revolution 426, 432 ff., 557
 Rink, Dieter 174
 Rundfunk 407 ff.
- Sachsen
 – Kirche 276, 278, 282, 284
 – Demonstrationen 430, 435
 – Landesverfassung 485
 s. a. Leipzig, Dresden
- Säkularisierung 271, 273 ff., 281, 565, 575
 Sanktionen 344
 Schalck-Golodkowski, Alexander 556
 Scheidungsziffern 534
 Schiffer, Eugen 481
 Schleifstein, Josef 235
 Schmude, Jürgen 296
 Schneider, Rolf 265
 Schöffen 475
 Scholz, Alfred 503
 Schönherr, Albrecht 271, 308 f.
 Schröder, Fritz 503
 Schulen 158 f., 261, 331 ff., 405 ff., 453,
 503 ff.
 s. a. Fachschulen, Hochschulen
 Schüler 405 ff.
- Schulz, Robert 235
 Schütz, Alfred 188
 SED, Sozialistische Einheitspartei Deutsch-
 lands 105–108, 204, 351 ff., 433, 436, 451,
 499, 554 f.
 – Blockparteien 345 f.
 – Hochschulpolitik 222, 227 f.
 – und VEB 196 ff.
 – Kader 323 f., 428, 448
 – Parteiaustritte 428
 – und Staatssicherheit 499
 s. a. Politbüro, Partei
- Selbstbestimmung 484, 493
 „Selbsterziehung“, Brigade 152
 Selbstkritik 155, 344, 472
 Sicherung, soziale 46
 17. Juni 1953 112 f., 198, 438, 447, 502, 571
 Solidarność 98, 170
 Sowjetarmee 429, 437, 446
 Sowjetische Aktiengesellschaften 101
 Sowjetische Besatzungszone SBZ 448,
 484 ff., 554
 Sowjetische Militäradministration SMAD
 121 ff., 132, 263, 266, 386, 484 f.
- Sowjetunion
 – Rechtswissenschaft 470, 478
 – und Hochschullehrer 236
 – Studium in 237 ff.
 – ökonomische Lage 445
 – Deutschlandpolitik 101 f., 554
 – Außenpolitik 111
- Sowjetwissenschaft 237
 Sozialgeschichte 81, 120, 547
 Sozialisierung 101 f.
 Sozialismus 101 f., 444, 451 f.
 „sozialistische Demokratie“ 334, 350
 Sozialleistungen, des Betriebes 103, 161 f.
 – für Kader 340 ff.
- Sozialmilieus 566
 – Kirche 127, 300
 – alternative 301 f.
- Sozialpolitik 23 f., 39, 42, 180 f., 340 ff.,
 353, 391, 519–537, 548, 557
 s. a. Betrieb, Frauen, Rentner, Kader,
 Intelligenz
- Sozialprestige 343
 Sozialstaat 569 f., 576
 Sozialversicherung 520–529
 Spezialisten 345 f., 349
 Sproemberg, Heinrich 234 f.

Register

Staat

- und Kirche 271, 279, 283 ff., 566
- und Künstler 288
- und Bürger 491, 493

Staatsanwaltschaft 476

Staatskrise 426–455, 556

Staatsicherheit s. Ministerium für Staatsicherheit

Staatssozialismus 435

Stadt

- und Kirchlichkeit 277 ff., 287

Stalin, Josef 352, 470, 474

Stalinismus 488 f.

Stammbelegschaften 179

- s. a. Betrieb, Brigade, Mobilität

Statuszuweisung 48, 51 f.

Steinmetz, Max 234 f.

Stoecker, Adolf 310

Stolpe, Manfred 308, 313 ff.

Strafrecht 473

Strauß, Franz-Josef 112

Streik s. Arbeitsniederlegung

Streisand, Joachim 84

Studium s. Hochschulen, Arbeiter- und Bauern-Fakultäten, Fachschulen, Theologie, Aus- und Weiterbildung

Subkulturen 404, 407 ff., 480

Subventionen 340, 524, 528, 536

Systemoffenheit, Theorie 36

Szinda, Gustav 503

Tarifverträge 129

Taufe s. Kirchlichkeit

Technische Hochschule 238

Technologiepolitik 22

Theologie 295 ff.

- Seminare 264
- Fakultäten 264, 297, 306 ff.
- Kirchliche Hochschulen 306 ff.
- s. a. Pfarrer, Kirche

Thompson, E. P. 78

Thüringen

- Kirche 282
- Landesverfassung 485

Totalitarismus 33, 498

Transparente 429 ff.

Tschechoslowakei

- Bürgertum 256
- Industriegesellschaft 562
- Revolution 437

- Flucht der DDR-Bürger 439

- und DDR-Jugend 414 f.

Turba, Kurt 419

Übersiedler 439 f.

Ulbricht, Walter 259, 407, 438, 471, 476, 489, 501, 504

Umbruch 426 ff.

- und Kirche 287

Umweltgruppen 285, 288

Ungarn

- Rechtswissenschaft 478

- Flucht der DDR-Bürger 426, 437, 439, 441

- Revolution (1956) 438

- Reformen 45, 98

Universitäten s. Hochschulen

Unternehmen, mittelständische 443

Vereinigte Linke 432

Verfassung 469, 483–493

Vergesellschaftung s. Arbeit, Betrieb, Brigade

Versorgungsklassen 51, 530

Versorgungssysteme s. Sozialversicherung, Renten

Verstaatlichung 554

Vertriebene 99, 101, 103, 119, 121 f., 125–128, 554

Verwaltungsgerichtsbarkeit 485 ff., 492

Verwaltungsreform (1952) 486

Viehausgleich, interzonaler 122, 125

Volksdemokratien, osteuropäische 254 ff.

Volkseigene Betriebe VEB 192

Volkseigene Güter 131 ff.

Volkskammer 430, 433, 447, 487, 490

Volkskirche 271 ff., 279 ff., 283

Volksrichter 258, 475

Vollbeschäftigung 177

Vorstudienanstalten 217, 259, 450

- s. a. Arbeiter- und Bauern-Fakultäten

Wagner, Siegfried 261

Walter, Otto 503

Wandel, Paul 259

Warnke, Hans 127

Warschau

- Botschaftsflüchtlinge 428

Weber, Max 80, 188, 315

Wehrpflicht 416

„Wende“ 432 ff., 482

- Werner, Ernst 234
 Wertorientierungen 286 f.
 Westeuropa
 - Gesellschaft 560 ff.
 - Musik 408 f.
 West-Geld 341
 Westkontakte 332
 Westverwandtschaft 100
 Wettbewerb 146, 343, 555
 s. a. Brigade, Betrieb
 Wichert, Erich 503
 Widerstand 551
 - und Kirche 285
 s. a. Protest, Opposition
 Wiedervereinigung 426, 429, 431, 441, 444,
 556
 Wien
 - DDR-Flüchtlinge 426
 Williams, Raymond 62, 78
 Wirtschaftsfunktionäre 156
 Wirtschaftsrecht 472, 481
 Wismut AG 101
 Wissenschaft 220
 Wissenschaftlich-technische Revolution 240,
 353
 Witkowsky, Margarethe 395
 Wohnraum
 - Landwirtschaft 128
 Wohnung 528 ff.
 Wolf, Christa 432
 Wolf, Markus 503
 Wolfgramm, Eberhard 234 f.
 Wollweber, Ernst 502

 Zaisser, Wilhelm 499, 502
 Zehnpunkte-Programm 431
 Zentralinstitut für Jugendforschung 413,
 419
 Zentralismus 472, 577
 Zentralkomitee 25, 27
 Zentralverwaltung für Arbeit und Sozial-
 fürsorge 128
 Zentralverwaltung für deutsche Umsiedler
 128
 Zschäbitz, Gerhard 234 f.
 Zusammenbruch 432 ff.
 Zwangsverschleppte, Displaced Persons
 119, 126 f.
 Zweiling, Klaus 235
 Zweistaatlichkeit 445

